

VOLKSWACHT

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit dem illustrierten Unterhaltungs-Blatt.

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Weißgerbergasse 64, durch die Post und durch Colporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich 3,10 M., pro Woche 25 Pf. Postzeitungsliste Nr. 6683.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 55.

Breslau, Sonntag, 5. März 1893.

4. Jahrgang.

Vom capitalistischen Grundquell der jahrzehntelangen Noth in Deutschland.

II.

B. G. Als der manchesterliche Tugendbold, der nun schon lange zu seinen Vätern versammelt ist, Eduard Lasler, beim zweiten Theile seiner Enthüllungen angelangt war, bei dem er die vielen GrL. der Namen ebenso eifrig verschwieg, wie er beim ersten Theile die wenigen genannt hatte, beharrte der Vertreter der Regierung, als welcher diesmal der Präsident des Reichsfanzleramts Herr Delbrück das Wort führte, bei derselben klaisischen Kaltblütigkeit und übertrumpfte den Justizminister noch mit den ewig denkwürdigen Worten: Es liegt außerhalb der Macht einer jeden Gesetzgebung, Leute, die nun einmal ihr Geld los sein wollen, daran zu hindern. Daß bei diesem unbezahlbaren Weisheitssprüche die Aaguren des Capitalismus im Parlamente vor Freude wieherten, kann man ihnen gewiß nicht verdenken. Und wenn irgend Jemand im deutschen Reich damals Ursache hatte, fidel zu sein, so waren es diese Dieberränner. Neben Herrn Delbrück ein anderer altliberaler Gartenkünstler im Fruchthame der Minister-Portefeuilles — Herr Camphausen, und Herr Achenbach, der es mit der Geschwindigkeit eines Jongleurs vom Professor und Bergrath zum Minister gebracht hatte und heute noch als Oberpräsident von Brandenburg auf seinem Akentheile sitzt, ebenso wie der Großkaufmann und Großindustrielle Herr Friedenthal halfen ihnen dabei. Und zur gleichen Zeit wirtschaftete Herr Miquel, ihr geschickterer Genosse, in der Discotobank, daß die Millionen nur so herumflogen, und der geilreiche Herr Bamberger, der unter Anderem die Vaterkraft des geflügelten Wortes in Anspruch nehmen darf:

Es ist das Geheimniß unserer Zeit, seine Zinsen zu verlieren, hatte mit der Gründung der deutschen Bank und mit anderen noch viel einträglicheren Geschäften alle Hände voll zu thun. Retn Wunder, daß die Herren Bourgeoisliberalen durch ihre Complicen Camphausen und Achenbach im Parlament den Nothstand leugnen und zur Heilung der Industrie als vortrefflichstes Mittel Herabsetzung der Arbeitslöhne empfehlen ließen. Camphausen mußte durch seine Neben im Abgeordnetenhaule zur selben Zeit die Courstreiberei auf der Börse begünstigen und die, die nun einmal nicht alle werden, zum Kaufen ermuntern. Er mußte bei verschiedenen Gelegenheiten die fata morgana eines Umschwungs zum Besseren vor den profitlüsternen Kliden der kleineren Capitalisten auftauchen lassen; er fabelte von der schon überstandenen Krisi, und versicherte mit lättem Schagen auch dann noch, daß die Finanzlage Preukens eine außerordentlich befriedigende sei, als im Budget das Deficit nicht mehr zu vertuschen war. So erzeugte höchst künstlich der eine preußische Minister bei den kleineren Capitalien die Neigung, ihre Gelder an den Mann zu bringen, damit der andere dann sich pharisäisch an die Brust schlagen und versichern konnte, daß es außerhalb der Macht der Gesetzgebung liege, solche Leute zu verhindern, ihr Geld los zu werden.

Um zu verhindern, daß die Folgen ihrer Thätigkeit gar zu rasch und gar zu laut zum Himmel schreien könnten, entdeckten die capitalliberalen Herren um die Mitte der siebziger Jahre ein prächtiges Mittel, mit ihren naleweisen socialpolitischen Gegnern und zugleich mit der Noth des Volkes fertig zu werden: Wer von letzterer sprach, ward nicht nur als dreister Lügner, sondern als Reichsfeind erklärt. Lasler jammerte über die „unedlen Seelen“, welche so cham-

los wären, in Bezug auf das deutsche Volk vom Nothstand zu reden. Und der natürlich gar nicht unedle Bamberger versicherte im Mai des Jahres 1878 im Reichstage in rührseliger Wehmuth, ihn habe es auf das Tiefste betrübt, daß selbst in Blättern, die der Regierung nahe stehen, gesagt werden konnte, die Nation gehe der Verarmung entgegen. „Wer sein Volk liebt, schreibt so etwas nicht in die Welt hinaus.“

Wir brechen hier ab, es wird genügen. Es war uns gerade heute Bedürfnis, auf die hier citirten Worte und das damit im Zusammenhang stehende Wirken der herrschenden Klassen im Klassenstaate hinzuweisen, weil wir nicht mehr Gefahr laufen, den jarten Herrn Bamberger zu betrüben, zumal er sich ebenso wie wir uns lächerlich machen würden, wenn wir behaupteten, das deutsche Volk ginge erst der Verarmung entgegen und weil gegenwärtig die Vertreter des liberalen Capitalismus in wirtschaftlicher Beziehung sich möglichst vorsichtig im parlamentarischen Dämmerdunkel halten, während die Agrarier sich wieder einmal, tapfzig wie sie sind, in den politischen Vordergrund drängen und schieben lassen. Das wird nicht lange dauern und sie werden ihr Spiel mit neuen Kräften wieder beginnen, nachdem sie der Reichsregierung geholfen haben werden, die Militärvorlage und die darum und daran hängenden Hunderte von Millionen einzuheimsen.

Dann hat der Moloch Militarismus sein Theil und der Tanz der Priesterschaft des Capitals um das goldene Kalb kann wieder seinen erquicklichen Anfang nehmen.

Damit nun das Volk die Thaten der Herren ebensowenig, wie ihre für ihr Streben und Wirken so verrätherischen Worte vergißt und damit es sich immer vor Augen hält, wer an seinem schier unendlichen

Feuilleton.

Die Tochter des Proletariers.

Roman von Franz Baret.

Autorisirte Uebersetzung von A. Geißel.

Nachdruck verboten.

33] An Rolands Arm betrat Folly den Ballsaal; sie hatte eine königliche Haltung, man umdrängte sie und beneidete ihren Cavalier.

„Zeigen Sie mir die Lords,“ flüsterte Folly ihrem Begleiter zu.

Roland lachte.

„Dort rechts steht Lord Lancefoil, er sieht her nach Ihnen. Soll ich ihn vorstellen?“

„O nein — er wird sich schon selbst vorstellen,“ entgegnete Folly, welche die Macht ihrer Augen kannte.

„Nennen Sie mir noch einige andere Edelleute.“

Roland willfahrte ihrem Wunsche.

Folly magnetisirte alle mit ihren Blicken und so wohl Lord Lancefoil wie die andern beeilten sich, Roland zu bitten, sie vorzustellen.

Es war Follys erster Ball.

Roland brachte ihr eine Tanzkarte und weihte sie in deren Gebrauch ein. Den ersten Tanz hatte er sich gesichert. Nach der ersten Tour hielt sie ihm die Karte hin. Sie war gefüllt.

„Lauter Lords,“ sagte sie, „bis auf einen.“

„Und dieser eine bin ich,“ versetzte Roland, die Liste durchfliegend.

„Folly, um Ihre Willen wünschte ich auch einen hohen Titel zu haben,“ sagte Roland.

„Weshalb?“

„Sie sind mir doch lieber als alle Andern!“

Roland drückte Follys Hand, die auf seinem Arm geblieben war, und sah ihr voll ins Antlitz. Sie hielt seinen Blick aus, ohne den ihren niederzuschlagen; dann lachte sie leicht hin.

Während Folly zum zweiten Tanze dem Lord Lancefoil folgte, stand Roland beiseite und beobachtete sie; wie sie durch den Saal schwebte. Wenn sie an seinem Platz vorbeikam, wechselte sie Blicke mit ihm und sein Herz schlug hoch auf vor Entzücken.

„Warum tanzen Sie denn nicht?“ frug sie, als der Walzer vorbei war und sie an seine Seite zurückkehrte.

„Es war mir Blick genug, nach Ihnen auszuschauen,“ gab er zurück.

„Wollen Sie nur mit mir tanzen?“

„Ja.“

Er nahm die Tanzkarte aus seiner Westentasche und zerriß sie.

„Sie sind ein guter Junge!“

„Es hätte mich getränkt, Sie mit einer andern tanzen zu sehen.“

„Gefällt Ihnen der Ball so gut, als Sie erwartet haben?“

„Das will ich meinen!“

„Was zer ist ein wonniger Tanz, aber ich hätte gern alle Touren mit Ihnen getanzt. Keiner tanzt wie Sie!“

Diese letztere Bemerkung war doppeltinnig.

In Wahrheit ein plumper Tänzer, hatte Roland glücklicherweise davon keine Ahnung, und indem er Follys Worte in ihrem schmeichelhaften Sinne deutete, bebauerte er das Mädchen, daß sie mit unvollkommeneren Tänzern zu tanzen hatte.

Männer sind eit er, sind auf gewisse Vorzüge als Frauen und darum auch leichter getäuscht.

Wieder tanzte er mit Folly und führte sie in gehobener Stimmung zum Souper.

Sie waren beide erregt, aber Folly nahm sich in acht beim Weine.

Roland trank dagegen mehr als ihm gut war und bei der folgenden Tour machte er sich eine ganz verkehrte Vorstellung von dem Grundriß des Saals und dem Abstand von anderen Tänzern, mit denen er unzweifelhaft in Collision gerathen wäre ohne die sichere Führung seiner Tänzerin.

Es geschah auch kein ernsterer Unfall, als der, daß er einige Meter der sehr kostbaren Honiton-Spitzen, welche über Follys blaues Atlaskleid flutheten, samt dem sie befestigenden Brillantstern abriß. Aber was lag daran.

„Sie bekommen ein neues Kleid und mehr Brillanten für den nächsten Ball!“ sagte er, als er schwer athmend sich neben Folly niederließ.

Glend, welche Parteien und Personen Schuld sind, haben wir die Vergangenheit noch einmal vor den Blicken unserer Leser aufleben lassen. — handelt es sich doch darum, daß die großen Massen bis möglichst hoch hinauf in die Mittelbesitzenden davor bewahrt werden, wiederum sich so leicht und so freudig wie damals zu Ausbeutungsobjecten der politisch leitenden Kreise machen zu lassen.

So weit es an uns liegt, werden wir uns bemühen, den Priestern des Capitalismus ihre Aufgabe zu erschweren.

Politische Rundschau. Deutschland.

Zum Religionsunterricht der Dissidentenkinder. Bezüglich des vielumstrittenen Erlasses des Grafen Jeditz vom 6. Januar 1892, betreffend den Religionsunterricht der Dissidentenkinder erklärt der Cultusminister in einer neuerdings an die Provinzialschulcollegien gerichteten Verfügung, daß die Bestimmungen dieses Erlasses, da derselbe den allgemeinen gesetzlichen Schulzwang zur Voraussetzung nehme, auf die Schüler höherer Lehranstalten nicht ohne Weiteres Anwendung finden können. Falls Dissidenten für ihre höhere Schulen besuchenden Kinder Dispensation vom Religionsunterrichte nachsuchen, soll jedes einzelne Gesuch dem Minister unterbreitet und dessen Entscheidung darüber eingeholt werden, in wie weit demselben mit Rücksicht auf die erzieherische und unterrichtliche Aufgabe der Schule Folge zu geben ist. Die „Germania“, der wir diese interessante Mittheilung entnehmen, begleitet dieselbe mit folgenden Bemerkungen: „So wenig wie mit dem Erlass vom 6. Januar 1892, eben so wenig können wir uns mit der neuerlichen Verfügung des Cultusministers einverstanden erklären, und zwar aus dem principiellen Grunde, weil das, was den Elementarschulen in Bezug auf Religionsunterricht „recht“ ist, den höheren Lehranstalten „billig“ sein muß. Es macht einen peinlichen Eindruck, daß den dissidentischen Vätern, welche das Geld dazu haben, ihre Söhne auf höhere Lehranstalten zu schicken, eine Dispensation derselben vom Religionsunterricht seitens des Cultusministers gewährt werden kann — und in vielen Fällen, verhältnißmäßig Weise, gewährt wird, — während für die Volksschule allgemein der Zwang bestehen soll.“ — Wir haben dem, was die „Germania“ sagt, nur hinzuzufügen, daß die Forderung, die aus den oben berichteten Thatsachen hervorgeht, von Vernunfts- und Rechtswegen das Gegentheil von dem beansprucht muß, was die „Germania“ will, und — nebenbei bemerkt — die „Berliner Volkszeitung“ in Gedankenlosigkeit nachplappert: was den höheren Schulen recht ist, muß auch den niederen billig sein. Ueberhaupt sollte es kurzweg den Cultusministern — von denen die meisten in Preußen bekanntlich der Mädelerei nur zu hold gesinnt waren — gänzlich verwehrt sein, Dissidentenkinder zum Religionsunterricht zu nöthigen. Schlimm genug, wenn die Leute auf ihre Kinder religionsdogmenfreundlich einwirken!

Keine Commerzienräthe, nur Leute der untersten Klassen — die können sterben und verderben! Die Centrale Oberschlesens, die Stadt Beuthen OS., hat

in letzter Zeit mehrfach von sich reden gemacht. Erst war es die Eisenbahnangelegenheit, die die Bürgerschaft Beuthens zur Absendung einer Petition an das Abgeordnetenhause behufs Abstellung mannigfacher Uebelstände und besserer Berücksichtigung kommunaler Interessen veranlaßte. Dann wurde Beuthen berühmt durch die Inquisitionsbogen des Regierungsrathes Prozeß, die sogar die politischen Witzblätter beschäftigten. Gegenwärtig hält wieder eine neue Affäre die Bürgerschaft Beuthens in Aufregung. Bei der Staatsberatung in der letzten Stadtverordnetenversammlung stellte Stadtverordneter Dr. Kozjol den Antrag, einen Arzt im Krankenhause anzustellen. Vom Magistrat wurde dies für vorläufig unmöglich erklärt und das Vorhandensein von Uebelständen im Krankenhause geleugnet. Der Beuthener Oberbürgermeister Dr. Brüning bemerkte hierzu, im Krankenhause seien ja keine Scheimen- oder Commerzienräthe, sondern nur Leute der untersten Klassen! die leichter zu behandeln seien. Selbstverständlich hat diese Aeußerung in weitesten Kreisen der ja vorwiegend aus Leuten der unteren Klassen bestehenden Einwohnerschaft große Entrüstung erregt. Die dortige „Oberschl. Grenzzeitung“ behandelte die Affäre in einem Leitartikel, in welchem constatirt wird, das bereits am 5. März 1891 der Stadtverordneter Dr. Mannheimer zugab, daß die Commission die Zustände im Krankenhause für unhaltbar und aus reiner menschlicher Liebe eine Aenderung für dringend bedürftig halte. Magistrat wurde damals ersucht, die Krankenhaus-Deputation baldmöglichst zusammensuberufen. Hierfür ist dann aber nichts mehr in der Öffentlichkeit verlautet, und die Zustände im Krankenhause sind noch heute dieselben wie damals. Stadtverordneter Dr. Kozjol brachte nun in letzter Sitzung wieder Uebelstände zur Sprache. Die „Oberschlesische Zeitung“ lieferte ebenfalls Material und erklärte sich in der letzten Nummer bereit, dem Magistrat Einsicht in Zuschriften zu gestatten, die sie nicht veröffentlichten will, weil dieselben gar zu haarsträubende Zustände schildern. Das Beuthener Krankenhaus hat im Sommer durchschnittlich 130, im Winter 350 Kranke täglich, für welche bis jetzt kein ständiger Arzt angestellt ist, sondern die von einem Beuthener Arzt, der eine große Praxis hat, für 1000 Mark nebenbei behandelt werden. Die ganze Affäre hat wieder recht viel Aufregung verursacht, und man erwartet in der Beuthener Bürgerschaft nun mit Bestimmtheit Aenderung der unhaltbaren Krankenhauszustände durch Anstellung eines besonderen Arztes, der im Krankenhause wohnt. Die Angelegenheit dürfte in der nächsten Stadtverordnetenversammlung am 6. März zum Austrage kommen, auch die dortigen Aerzte wollen, wie verlautet, gemeinschaftlich zu der Frage Stellung nehmen.

Gegen das Frauenstudium der Medicin erscheinen in den Bourgeoisblättern, die, wie wir hier constatiren wollen, jetzt doch zu einem guten Theile der Frage des medicinischen Frauenstudiums freundlich gegenüberstehen, verschiedene interessante Notizen. So wird z. B. folgendes denkwürdige Statut, welches der hohe Senat der Universität Bologna vor jetzt mehr als 500 Jahren erließ, wie sich das betreffende Blatt ausdrückt, dem Papierkorb der Weltgeschichte entrißen. Dasselbe lautet: „Und weil das Weib das Haupt der Sünde,

die Waffe des Teufels, die Ursache der Vertreibung aus dem Paradiese und das Verderbniß des alten Gesetzes ist, und weil deswegen jede Unterhaltung mit derselben eifrig zu vermeiden ist, so unterfagen und verbieten wir ausdrücklich, daß irgend einer sich unterfange, irgend ein Weib, und sei dasselbe noch so ehrbar, in das genaunte Collegium einzuführen. Und wenn solches einer dennoch thut, so soll er von dem Rector schwer gestraft werden.“

Ein Theil der Studenten scheint den Inhalt dieses famosen Statuts so beherzigt zu haben, daß sich die Beuthener heute noch mit Händen und Füßen gegen das Universitätsstudium der Frauen sträuben. „Das fehlt noch“, soll vor kurzem ein Candidat der Medicin gesagt haben, „daß uns die Frauen in's Handwerk pfeifen, sie trinken nicht, sie schlagen nicht und gehören keinen studentischen Verbindungen an. Wie sollen wir bei unserer so sehr in Anspruch genommenen Zeit mit ihnen Schritt halten?“

Und es wäre doch gar zu traurig, wenn die edle Kunst des Saufens nicht mehr so gepflegt werden könnte und die Mediciner in die Gefahr kämen, mehr lernen zu müssen.

Wucher von Staats- und Gemeindegeldern. Die Reichstag-Commission zur Vorberathung des Gesetzentwurfes, betreffend Ergänzung der Bestimmungen über den Wucher, hat ihre Arbeiten beendet; der Entwurf wird demnächst im Plenum des Hauses die zweite Lesung passieren. Es ist den Vertretern der socialdemokratischen Fraction in der Commission, den Genossen Frohme und Stadthagen, nicht gelungen, Bestimmungen in den Entwurf hineinzubringen, wonach eine Reihe erlaubter Wuchergeschäfte bedenklicher Art ausdrücklich verpönt und für strafbar erklärt werden. Unsere Genossen werden in der nächsten Plenar-Verhandlung, welche diesem Gegenstande gewidmet sein wird, auf ihre diesbezüglichen Anträge zurückkommen müssen. Da ist zunächst die außerordentliche Höhe der Zinsen, welche öffentliche Pfandleihanstalten für Darlehen nehmen. Frohme constatirte in der Commission, daß diese Zinsen bei der Berliner königlichen Leihbank circa 14 Procent betragen bei Hinterlegung eines Pfandes im Werthe des Doppelten der hergeliehenen Summen. Von anderer Seite wurde mitgetheilt, daß im städtischen Leihhause zu Köln Zinsen bis zu 25 Procent genommen werden. Durchweg arbeiten die öffentlichen Leihanstalten mit ungeheurer hohen Zinsen, wie sie kein Privatmann, der Geld verleiht, nehmen darf, ohne sich schon nach dem bestehenden Gesetz des strafbaren Wuchers schuldig zu machen. Das ist um so unerhörter, als die öffentlichen Leihanstalten bekanntlich den Zweck haben, hauptsächlich den „kleinen Leuten“ im Falle der Noth Hilfe durch Darlehen gegen Sicherheit zu gewähren. Man versucht den hohen Leihhauszins zu rechtfertigen, indem man geltend macht, es seien daraus die Verwaltungskosten zu bestreiten. Das ist aber ein völlig hinfälliger Einwand. Abgesehen davon, daß nicht selten solche öffentlichen Institute einen erheblichen Ueberschuß abwerfen, bleibt in principieller Hinsicht zu berücksichtigen, daß eine der Gewährung materieller Hilfe in Form von Darlehen dienende Einrichtung die allgemein gültigen Grundsätze geschäftlicher Moral nicht verletzen darf, um eine Be-

Um ihr nicht durch zu viel Süßigkeit einzulullen, hörte Jolly auf, ihm zu schmeicheln und ließ in den folgenden Touren auch anderen Tänzern ihren Zauber zu Theil werden.

Noch eine Weile beobachtete er sie mit mürrischen Mienen und ging dann ans Buffet, um noch mehr Champagner zu trinken.

Dieser regte ihn mehr auf, als er ihn erheiterte, kehrte er in den Ballsaal zurück in einer Laune, um mit jedermann Streit anzufangen — Jolly nicht ausgenommen.

Einige Zeit verging, ehe er sie unter anderen Paaren zu entdecken vermochte, und dann fiel es ihm schwer, ihr mit den Blicken zu folgen.

Noch strengte er damit sich an, als sie plötzlich neben ihm stand und seinen Arm erfassend, lachend sagte:

„Um Gotteswillen, wie schauen Sie drein, Roland — es ist, als ob Sie schielten!“

„Es thut mir leid,“ verzogte er, sich mit einer Art von leibhaftiger Würde zu ihr wendend, welche schlecht zu dem Ausdruck seiner Augen und der Betonung seiner Worte paßte, „es thut mir sehr leid, daß ich aufgehört habe, Ihnen Vergnügen zu bereiten.“

„Durchaus nicht — sehen Sie denn nicht, wie ich mich amüßre?“

„Ja, aber ich bemerke leider, daß Sie sich selbstständig ohne mein Zutun amüsiren.“

„Alter Brummbar, Sie sind eifersüchtig! Sie mögen mich nicht lustig sehen, wenn Sie es nicht sind — und in der That, ich kann es auch nicht sein ohne Sie!“ fügte Jolly hinzu, plötzlich ernst werdend.

Eines Mannes Schwachheit zeigt sich besonders im Zustande der Verunsicherung. Die geringste Widerstandsfähigkeit von Rolands Natur, welche ihn zu jeder Zeit einem liebenswürdigem Worte hatte nachgeben lassen, trat in der Bereitwilligkeit hervor, womit er auf Jollys Eröffnung einging.

Mit einem schnellen Wechsel von Würde zur Weichheit, sagte er lächelnd zu seiner Gefährtin:

„So könnten Sie nicht glücklich sein, Jolly, wenn ich es nicht bin?“

„Nein. Sehen Sie, der Balzer ist noch nicht zu Ende und ich brach ihn ab, als ich Sie so betrübt da stehen sah.“

Die Worte brachten Roland einen Augenblick zur Bestimmung zurück.

„Und Sie, die Sie den Tanz so lieben, entsagten um meinerwillen?“

„O, Jolly, welch ein Unmensche war ich, Sie merken zu lassen, daß ich verletzt sei, und welch ein Narr, mich verletzt zu fühlen!“

„Brachte ich Sie denn nicht hierher, um Ihnen eine Freude zu machen, und konnte ich erwarten, daß Sie sich lächerlich machen, indem Sie nicht tanzen? . . . O vergessen Sie mir, Jolly . . . geliebte Jolly!“

Das Wort entfiel ihm unbewußt.

Er hatte bisher seine Zunge so gehütet, daß noch kein Liebeswort ihm entglüht war. Mochte er ihr Brillanten gekauft und ein kleines Vermögen für ihr Ballkleid verschwendet haben, immer geschah es in dem Wahne, er handle aus Freundschaft — ein Wahn, der sich nur dadurch hatte aufrecht halten lassen, daß er seine Zunge wohl hütete.

Das war nun vorüber, und die Folge ließ ihn selbst bei seinem unnebelsten Sinnen erzittern.

Jolly griff das Wort auf und sich mit feuchten Augen zu ihm neigend flüsterte sie:

„Was gäbe es auf der Welt, was ich Ihnen nicht verzeihen könnte.“

„Sie sollen nicht durch meine schlechte Laune leiden,“ gab er zurück. „Gehen Sie, Jolly, und tanzen Sie den Balzer zu Ende.“

„Nur mit Ihnen.“

Er sprang auf, das Blut stieg ihm zu Kopf und hämmerte in seinen Schläfen. Wie wunderbar schön das Mädchen war! Wenn er alles verlor und nur sie besaß, war dies nicht reichlicher Ertrag? —

Gerade als er seinen Arm um sie legte und ihre Hand mit leidenschaftlicher Hast erfaßte, endete die Musik.

„Thut nichts, wir tanzen die nächste Tour. Welche folgt?“

Sie reichte ihm ihre Tanzkarte, welche sie nicht lesen konnte.

„Ein Galopp. Lord Catesby hat Sie engagirt.“ (Fortsetzung folgt).

Lastung des öffentlichen Wesens zu verhindern. Die Leihhaus-Verwaltungskosten sind unter allen Umständen aus den öffentlichen Mitteln zu bestreiten, ohne Rücksicht auf etwaige Verluste. Mit demselben „Recht“, womit staatliche oder communale Behörden die Höhe eines Zinsfußes von 14 bis 25 Procent als „nothwendig“, bezw. „zulässig“ begründen, durch die Berufung auf Risiko und Verwaltungskosten, kann der private Geldverleiher Bucherzins fordern, indem er sein Risiko und seine persönliche Mithewaltung geltend macht. 14 bis 25 Procent Leihhauszinsen übersteigen den üblichen Zinsfuß, dessen Innehaltung das Buchergesetz bewirken will, um das zwei- bis vierfache und dieser ungeheuerliche Zins belastet zumeist Arme und Unbemittelte, die in der äußersten Noth unter Verpfändung und Hinterlegung ihrer beweglichen Habe von Werth, das Leihhaus in Anspruch nehmen müssen.

Nach einer von den Edelsten und Besten. Der bayrische Kammerherr, der Freiherr v. Gumpenberg und seine „Freundin“ Margarethe Merkel sind in Wien verhaftet worden. Das ehrsame Mädchen ist dringend verdächtig, große Wechselkäufungen begangen zu haben.

Zu Betreff der Frage, ob der Socialist Köster von der schweizer Regierung ausgeliefert wird oder nicht, wird jetzt behauptet, daß es unrichtig sei, wenn gesagt wird, die deutsche Regierung hätte das Versprechen gegeben, Köster im Falle der Auslieferung nur wegen Meineides und nicht wegen seiner politischen Vergehen zu verfolgen, weil ein solches Versprechen garnicht gegeben werden darf. Wenigstens könnte es, sobald Köster's Aufenthalt innerhalb der Grenzen Deutschlands bekannt ist, aber er sich ja in den Händen der Behörden befindet, nicht gehalten werden, da die beherrschenden Staatsanwaltschaftsbeamten sowohl als die Gerichte alsdann verpflichtet sind, nach den bestehenden Gesetzen Köster wegen der zu bekannnten Vergehen zu verfolgen. Die Auslieferungstrage kann sich nur darum drehen, ob Köster nachgewiesen werden kann, daß er thatsächlich einen Meineid geleistet hat. Kann dieser Nachweis nicht geführt werden, so ist die Auslieferung entschieden unzulässig.

Ausland.

Frankreich.

Die Antwort auf die Herausforderung, welche der Senat so unerwarteter Weise der ganzen französischen Demokratie entgegenschleuderte, indem er den „unpopulärsten Mann von ganz Frankreich, die Verkörperung des opportunistischen Regierungssystems, Jules Ferry, zu seinem Präsidenten und damit zum weitestgehenden Beamten der Republik ernannte, hat nicht auf sich warten lassen. Dem „Vorwärts“ wird aus Paris geschrieben:

Die radicale Presse, die „Justice“ voran, begegnet der That des Senats mit dem einmüthigen Rufe: Verfassungsrevision! Noch deutlicher heißt es in den Arbeiterblättern: „Nieder mit dem Senat! Weg mit ihm!“ Die hohe Versammlung, der Hort der opportunistischen Reaction, thut allerdings kaum gut daran wenn sie zu viel von sich sprechen macht, nur zu leicht lenkt sie so den Volkszorn auf sich; ihr letzter Streich kann ihr vielleicht das Leben kosten. Schon längst hat der radicale Abgeordnete Hubbard beantragt, man möge den Senat, der jetzt von den Gemeindevetretern gewählt wird, aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgehen lassen. Dieser Antrag war von der Tagesordnung abgesetzt worden, bis ihn auf einmal die Wahl Ferrys wieder zum Mittelpunkt des Interesses machte. Der Abgeordnete Deherisse nahm ihn von neuem auf und verlangte die unmittelbare Discussion desselben. Die Regierung widerlegte sich dieser Forderung mit der größten Entschiedenheit und stellte sogar die Cabinetsfrage; es fand sich aber nur eine ganz schwache Majorität zur Verwerfung des Antrags, der übrigens alle Tage von neuem eingebracht werden kann. — Macht so die Sache der Verfassungsrevision einen Schritt vorwärts, so haben auch sonst die Socialisten durchaus keinen Anlaß, die That des Senats zu bedauern; im Gegentheil, sie können sich nur darüber freuen. Jules Ferry ist ein thatkräftiger und kampflustiger Mann; als Fahnenträger des Opportunismus wird er den Wahlfeldzug beginnen; und das trägt zur Klärung der Situation bei. Die radicale Partei, die sich so oft durch das Schlagwort der republikanischen Concentration zur Unterstützung der opportunistischen Politik verleiten ließ, wird nie einem Ferry als Führer folgen, der einst den unergieblichen Ausspruch that: die Gefahr sei links. Unter der Führung Ferrys erfolgt mit Nothwendigkeit die Concentration nach rechts; und die Radicals, welche diese Politik mit aller Kraft bekämpfen, werden dadurch genöthigt, weiter nach links zu marschiren, wo die Socialisten stehen. Auf letztere kommt es dann an, die radicale Partei immer mehr mit dem Geiste des Socialismus zu durchdringen, worin schon ein guter Anfang gemacht ist. „Der Senat“, schreibt Millerand in der „France“, hißt auf dem Palais de Luxembourg das opportunistische Banner auf. Danke! Wir werden darum nur um so mehr Muth und Zuversicht haben, wenn wir unter

der Fahne der socialistischen Republik zum Kampfe marschiren.“

— Im Pariser Gemeinderath interpellirte Genosse Baillant den Polizeipräsidenten über die Anschläge der „revolutionären Actionsliga“, welche die Polizei-Agenten abgerissen hatten. Nachdem sich der Präfect schwach vertheidigt und Genosse Heppenheimer ihm geantwortet hatte, nahm der Stadtrath einstimmig folgende von Baillant vorgelegene Resolution an:

„In Erwägung, daß von allen politischen Anschlagzetteln auf den Mauern nur die des republikanischen Manifestes der revolutionären Actionsliga zur Eroberung der socialen Republik abgerissen worden sind, protestirt der Rath gegen das polizeiliche Abreißen der genannten Zettel; zugleich tadelt und verurtheilt er die reactionären Gewaltmaßregeln und die Willkür der Präfectur und des Polizeipräsidenten.“

Rußland.

Wie die Berliner „Volkszeitung“ mittheilt, hat bereits im Frühjahr 1891 in Alew eine geheime Versammlung von Nihilisten des südlichen Rußlands getagt und beschlossen, der Propaganda der That d. h. der Anwendung von Dynamit-Bomben und Attentaten auf Personen gänzlich zu entsagen und fortan nur durch Wort und Schrift für die Ziele der Partei zu wirken. Es habe sich damals zugleich eine „Südrussische Partei des Volkswillens“ gebildet. Hieraus erkläre sich, weshalb man von den Nihilisten so lange nichts gehört habe; übrigens erstrecke sich die Thätigkeit der erwähnten Partei nur auf Süd-Rußland. Vor Kurzem habe ein Erlaß des Commandeurs des Odesaer Militärbezirks, General-Adjutanten Grafen Mussin-Buschkin, bestimmt, daß von jetzt ab sämtliche Cadetten und Unterfähnriche bei ihrer Beförderung in den ersten Officiersrang eine schriftliche Bescheinigung darüber auszustellen haben, daß sie einem Geheimbunde nicht angehören.

Arbeiterbewegung.

Die Führer Socialdemokratie beschloß die bereits gemeldete Aufhebung des über die Svora-Brauerei verhängt gewesenen Boykotts mit großer Majorität, nachdem der Brauereiverband sich bereit erklärt hatte, die gemahregelten Braugehilfen sofort einzustellen, sobald der Boykott aufgehoben sei. Die Versammlung erklärte sich ferner gegen den Antrag, von den vereinigten Brauereibesitzern Nürnberg-Fürth die Befreiung der Boykottkosten zu fordern; jeder der stellenlosen Braugehilfen hat pro Woche 12 Mark Unterstützung erhalten.

Socialpolitisches.

Die Vorstände der Invaliditäts- und Alters-Versicherungs-Anstalten sind seitens des Reichs-Versicherungsamtes für Ende dieses Monats zu einer Conferenz h'erher eingeladen worden, in welcher einige auf die weitere Durchführung des Invaliditäts- und Alters-Versicherungsgesetzes bezügliche Fragen erörtert werden sollen.

Parteiangelegenheiten.

— In einer Auflage von 150 000 Exemplaren vertheilten am Sonntag die Hamburger Parteigenossen ein Flugblatt, das sich mit der Verfassungsfrage beschäftigt. Die Vertheilung ging glatt von Statten und war, wie das „Echo“ mittheilt, in einer halben Stunde beendet. Gewiß ein glänzendes Zeugniß für die Vortrefflichkeit der Organisation unserer Hamburger Genossen!

Vom Nothstande.

Berlin. Eine Selbstmörderin schrieb kürzlich, bevor sie aus dem Leben schied, folgenden Brief an ihre Mutter: „Ich habe meinem traurigen, freudlosen Dasein gewaltsam ein Ende gemacht. Die größte Noth und Entbehrung trieben mich in den Tod. Betteln und bitten und mich vor jedermann erniedrigen konnte ich nicht. Gab man mir Arbeit, so habe ich Tag und Nacht ehrlich geschafft; trotzdem konnte ich die Pflichten, die an mich herantraten, nicht alle erfüllen. Ich hätte den Kampf ums Dasein fortgesetzt, wenn ich nicht schwerhörig geworden wäre und ich mich dieserhalb nicht recht unter den Leuten bewegen konnte. Für meine Kinder hatte ich oft nicht einmal ein Stückchen trocknen Brod; das Herz brach mir, wenn ich ihren Hunger nicht stillen konnte. Sie werden es hoffentlich bei anderen Leuten besser haben, als bei mir, da ich ihnen nicht die geringste Pflege angebeihen lassen konnte. Das Geld, um mir eine Leine zum Selbstmorde zu kaufen, hatte ich nicht; ich habe sie mir von A. geborgt; schide sie

ihm wieder und erwirke seine Verzeihung.“ — Ja, ja, unsere Herren Eugen Richter, Stöcker, Baßem und Genossen haben es leicht, schlechte Wege über unseren „Zukunftsstaat“ zu machen. Über ihren Gegenwartsstaat kann man leider keine Wege mehr machen; er ist zu namenlos traurig.

Kann Europa abrüsten?

Seit fünfundsiebenzig Jahren rüstet ganz Europa in bisher unerhörtem Maße. Jeder Großstaat sucht dem andern den Rang abzugewinnen in Kriegsmacht und Kriegsbereitschaft. Deutschland, Frankreich, Rußland erschöpfen sich in Anstrengungen, eines das andere zu überbieten. Gerade in diesem Augenblick muthet die deutsche Regierung dem Volk eine neue, so gewaltthätige Kraftanspannung zu, daß selbst der gegenwärtige sanfte Reichstag davor zurückbebt. Ist es da nicht Thorheit, von Abrüstung zu reden?

Und doch rufen in allen Ländern die Volksklassen, die fast ausschließlich die Masse der Soldaten zu stellen und die Masse der Steuern zu zahlen haben, nach Abrüstung. Und doch hat überall die Anstrengung den Grad erreicht, wo die Kräfte — hier die Rekruten, dort die Gelder, am dritten Ort beide — zu versagen beginnen. Gibt es keinen Ausweg aus dieser Sackgasse, außer durch einen Verwüstungskrieg, wie die Welt noch keinen gesehen hat?

Ich behaupte: die Abrüstung, und damit die Garantie des Friedens, ist möglich, sie ist sogar verhältnißmäßig leicht durchführbar, und Deutschland, mehr als ein anderer civilisirter Staat, hat zu ihrer Durchführung die Macht wie den Beruf.

Nach dem Kriege von 1870/71 war die Ueberlegenheit des Systems der allgemeinen Dienstpflicht mit Reserve und Landwehr — selbst in seiner damaligen verkümmerten preussischen Gestalt — über das System der Conscription mit Stellvertretung endgiltig dargethan. Alle continentalen Länder nehmen es, mehr oder weniger modificirt, an. Das wäre an sich kein großer Schade gewesen. Die Armee, die ihren Hauptstützpunkt in den verheiratheten Männern mittleren Alters hat, ist von Natur weniger offeniv als die, stark mit Einziehern — geworbene Berufsoldaten — durchsetzte Conscriptionsarmee Louis Napoleons war. Nun kam aber dazu die Annexion von Elsaß-Lothringen, die den Frankfurter Frieden für Frankreich ebensosehr zu einem bloßen Waffenstillstand machte, wie der Tilziter Friede dies für Preußen gewesen war. Und nun begann das fieberhafte Wettrüsten zwischen Frankreich und Deutschland in welches allmählig auch Rußland, Oesterreich, Italien hineingezogen wurden.

Man begann damit, die Landwehrrspflichtung zu verlängern. In Frankreich erhielt die Territorialarmee eine Reserve von älteren Leuten, in Deutschland wurde das zweite Aufgebot der Landwehr und selbst der Landsturm wiederhergestellt. Und so ging's weiter, Schritt um Schritt, bis die von der Natur gefegte Altersgrenze erreicht oder gar überschritten war.

Dann wurde die Rekrutenaushebung verstärkt und die dadurch nöthig gewordenen neuen Ausbildungs-Cadres errichtet; aber auch hier ist die Grenze fast oder ganz erreicht, in Frankreich sogar schon überschritten. Die letzten Aushebungs-Jahrgänge der französischen Armee schließen bereits eine ziemlich Anzahl jünger Leute ein, die noch nicht oder überhaupt nicht den Strapazen des Dienstes gewachsen sind. Die englischen, hierin unparteiischen Officiere, die den großen Manövern in der Champagne 1891 beiwohnten, und die hohe Tüchtigkeit der heutigen französischen Armee vollaus, und stellenweise bewundernd, anerkannt, berichteten einstimmig, daß eine unverhältnißmäßig große Zahl junger Soldaten auf den Marschen und in den Gefechtsübungen liegen blieb. Und in Deutschland haben wir zwar unsere Reservebestände dienstfähiger Mannschaft noch nicht ganz erschöpft, aber dem abzu-helfen, ist ja gerade die neue Militärvorlage da. Kurz, auch in dieser Beziehung stehen wir vor der Grenze der Leistungsfähigkeit.

Nun besteht gerade die moderne, die revolutionäre Seite des preussischen Wehrsystems in der Forderung, die Kraft jedes wehrfähigen Mannes für die ganze Dauer seines wehrfähigen Alters in den Dienst der nationalen Vertheidigung zu stellen. Und das einzig Revolutionäre, das in der ganzen militärischen Entwicklung seit 1870 zu entdecken ist, liegt eben darin, daß man — oft genug wider Willen — sich genöthigt gesehen hat, diese bisher nur in der chauvinistischen Phantasie erfüllte Forderung mehr und mehr wirklich durchzuführen. Weder an der Länge der Dienstverpflichtung, noch an der Einstellung aller wehrfähigen jungen Leute kann heute noch gerüttelt werden, am wenigsten von Deutschland, am allerwenigsten von

socialdemokratischen Partei, die im Gegentheil auch diese Forderung vollaus in die Praxis zu übersehen, in Deutschland allein im Stande ist.

Es bleibt hiernach nur noch ein Punkt, wo das Bedürfnis nach Abrüstung den Gehel ansehen kann: die Länge der Dienstzeit bei der Fahne. Und hier liegt in der That der Punkt des Archimedes: Internationale Festsetzung, zwischen den Großmächten des Continents des Maximums der activen Dienstzeit bei der Fahne für alle Waffengattungen, mitewegen zuerst auf zwei Jahre aber mit dem Vorbehalt sofortiger weiterer Verabsetzung sobald man sich von der Möglichkeit überzeugt, und mit dem Willkürpunkt als Endziel. Und ich behaupte, daß gerade Deutschland vor allen berufen ist, diesen Antrag zu stellen, und daß Deutschland vor allen Vortheil daraus ziehen wird, daß es ihn stellt, selbst wenn er nicht angenommen wird.

Friedrich Engels.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 4. März 1893.

[Deutsche Gesellschaft für ethische Cultur.]

Daß zur Zeit auch die Erörterung erzieherischer Fragen eine starke Anziehungskraft ausübt, bewies die letzte Sitzung der Abtheilung Breslau der Deutschen Gesellschaft für ethische Cultur. Der Versammlungsraum war dicht gefüllt und auch das schöne Geschlecht war zahlreich vertreten. Wieder entspann sich über die ethische Jugendberziehung eine höchst interessante Discussion. Dieselbe hatte folgendes Ergebnis: Die ethische Jugendberziehung könne nur dann zu einem erspriechlichen Resultat führen, wenn Eltern und Lehrer nach einem Ziele streben und sich bei Verfolgung desselben die Hand reichen. In der Schule wird der erzieherische Werth einer reinen, lautereren Naturerkenntnis viel zu wenig gewürdigt, und ist die Erweiterung des naturkundlichen Unterrichts sehr zu wünschen. Im Vordergrund der häuslichen Erziehung stehe die Anleitung zur Wahrhaftigkeit und zum Wohlthun. Man hüte sich, bei Geboten wie Verböten viele Worte zu machen, suche vielmehr durch die Erfahrung und ein gutes Vorbild, insbesondere auch im Verkehr mit dem Dienstpersonal, auf die empfänglichen Kinderherzen einzuwirken, bleibe sich stets selbst treu und bemühe sich, die Individualität des Kindes zu erforschen und zu berücksichtigen. Am schwersten leidet die häusliche Erziehung unter den elenden Wohnungsverhältnissen. Hierin Wandel zu schaffen, müsse das Hauptbestreben der ethischen Gesellschaft sein.

Die nächste Versammlung findet Dienstag, den 7. März, Abends 8 1/2 Uhr, in dem Vereinszimmer Obblauerstraße Nr. 79 statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Herrn Rechtsanwalt Marcuse über die „Grenzen der Individualität und Staatsgewalt.“ Gäste sind willkommen.

[Von der Eisenbahn.] Einer längeren Darlegung über die Entwicklung des Verkehrs mit zu sammenstellbaren Fahrstühlen in der „Zeitung des Vereins Deutscher Eisenbahnverwaltungen“ entnehmen wir nachstehende, auch für weitere Kreise interessante Daten: Die fragliche im Jahre 1884 ins Leben getretene Verkehrsvereinfachung ist inzwischen nicht nur durch Ergänzung der ursprünglichen Bestimmungen innerlich weiter ausgebaut worden, sondern auch durch stete Zunahme des äußeren Umfanges zu einem nicht unwichtigen Factor in unserem vielverzweigten Verkehrsweisen geworden. Anfänglich betheiligten sich an diesem Rundreisverkehr 59 Eisenbahn-Verwaltungen mit 45 516 Kilometer Bahnlänge; im Jahre 1890 waren es schon 147 Verwaltungen mit zusammen 76 547 Kilom. Die Zahl der zusammengestellten Geste ist von 61 580 im Jahre 1884 auf 548 888, also fast das Zehnfache im Jahre 1891 angewachsen. Die Geste für Entfernungen über 1000 Kilometer sind zahlreicher als jene unter 1000 Kilometer, doch wachsen letztere in weit schnellerem Maße an, so daß voraussichtlich bald das umgekehrte Verhältnis Platz greifen wird. Bemerkenswert ist, daß die 2. Klasse mehr als das Doppelte der 3. Klasse erträgt, während beim gewöhnlichen Personenverkehr die 3. Klasse die Haupteinnahmequelle bildet.

[Zur neuen Privatpost.] Seitens der Unternehmer der neuen Privatpost „Danja“ war eine polizeiliche Genehmigung nicht nachgesucht worden. Es waren deshalb an 1. d. M., Nachmittags, die bereits angebrachten Briefkästen auf Befehl d. s. Polizeipräsidenten durch Polizeibeamte entfernt. Als gegen Abend an der Leisingstraße die Anbringung eines solchen Kastens durch einen Polizeibeamten verhindert wurde, intervenirte einer der dabei anwesenden Unternehmer in so heftiger Weise, daß seine Festnahme erfolgte.

[Selbstmord.] Am 2. d. Mts., Abends, sprang ein unbekannter, anscheinend dem Arbeiterstande angehöriger Mann von der Leisingstraße aus in die Oder und fand seinen Tod durch Ertrinken. Die Leiche ist noch nicht aufgefunden.

[Aufgefundene Kindesleichen.] Am 2. März, Vormittags, wurde in dem Hofe eines Hauses auf der Wallstraße die Leiche eines neugeborenen Kindes (Knabe) aufgefunden und nach der Anatomie geschickt. — Am 2. d. Mts., Nachmittags, wurde in der Nähe der Rosenthalerbrücke ein in der Ober treibender Korb aufgefunden, in welchem in Lumpen eingehüllt, die Leiche eines neugeborenen Kindes weiblichen Geschlechts lag. Die kleine Leiche wurde nach der Anatomie überführt.

[Polizeiliche Meldungen.] In das Polizeigefängnis wurden am 2. d. Mts. 44 Personen eingeliefert. — Abhanden kamen: ein goldener Trauring. — Gefunden wurden: 4 Regenschirme, 5 Portemonnaies, ein Arbeitstaschen, ein Paß Därme, ein evangelisches Gesangbuch, ein schwarzer Filzhut, eine Lorgnette, ein goldenes Verloque, ein dunkelbrauner Spazierstock.

Schlesien.

Brieg, 2. März. Die hiesige Sterbekasse der Rutscher, die früher als freie Hilfskasse existierte, stellte sich seiner Zeit unter die Controlle der Regierung. Der Nutzen resp. Schaden dieses Beschlusses sollten die Mitglieder bei der im vergangenen Jahre erfolgten Auflösung der Kasse erfahren. Wegen den Beschluß der Auflösung der Kasse beschickten General-Versammlung, das Vereins-Vermögen zu gleichen Theilen den Mitgliedern der Kasse auszugeben, erging seitens des Magistrats ein Verbot. Von dem Ober-Präsidenten wurde dieses Verbot bestätigt. Eine Beschwerde hatte keinen Erfolg. Nun erhielten die Mitglieder über ihren Antheil in Höhe von 54 Mark ein Sparbüchlein, welches aber folgenden Sparvermerk trägt:

Auf Grund der Anordnung des königlichen Herrn Ober-Präsidenten der Provinz Schlesien — (Reskripte J. Nr. 1 9781/92) — darf erst nach dem unweifelhaft nachzuweisenden Ableben des Einlegers die Rückzahlung erfolgen und der vorstehende Einlagebeitrag von 54 Mark mit dem davon eventuell aufgelaufenen Zinsen erhoben werden.

Brieg, 18. Januar 1893.

(L. S.)
Magistrat.
Seibbarn.

L. 270.

Die Mitglieder dieser Kasse sind nun meist arme Leute, noch dazu in sehr vorgerücktem Alter. Diese hätten sich nun darauf gefreut, ihre mitunter recht sauer eingezahlten Beiträge jetzt in einer Gesamtsomme zu erhalten, die sie in Zeiten der Noth, der jeder von ihnen noch nicht aus dem Wege ist, hätten angreifen können. Da kommt nun dieser Sparvermerk und macht ihnen die Aussicht zu Wasser, läßt ihnen dafür aber die andere schöne Aussicht bei ihrem „unweifelhaft nachzuweisenden Ableben“, wenigstens, sollten andere Mittel nicht vorhanden sein, nicht ganz auf Kosten der Armenverwaltung begraben zu werden.

Ergebnis. Die Stichwahl im Wahlkreis Liegnitz-Goldberg-Dagnau scheint den Antisemiten ziemlich Kopfschmerzen zu machen, weil das socialdemokratische Wahlcomité Stimmen in Abhaltung proclamirt hat, und ganz besonders sich dafür ausgesprochen hat, was übrigens mit dem Parteivorstande im Einklang nach einem Bericht des „Vorwärts“ steht, daß ein socialdemo radikaler Wähler in keinem Falle dem verkappten conferentiösen Reactionsmanne seine Stimme geben soll. Es wird hoffentlich Jeder, so weit er den Socialismus richtig kennt, diesem Beschlusse des Wahlcomités zustimmen, denn es wäre überflüssig für uns Socialdemokraten kein Ruhm gewesen, wenn wir diesen finsternen Reactionsbrüdern den Wahlkreis ausliefern würden; versichere sich Jeder, was diese raddapolitische Gesellschaft will! — und es kann keiner die Stimme dem Candidaten einer solchen Partei geben, die vorerst den Ruern auf den Socialdemokraten best, sofern er wagt, in sein Dorf zu treten, und hinterher um seiner Stimme betteln kommt. Derjenige, der es dennoch thut, bei dem müssen die politischen Anschauungen noch sehr jugendlich sein. Eine Partei, wie die antisemitische, welche Ausnahme-Gesetze für eine Menschenrasse will, die ist auch schlecht genug, dem Wunsche des Königs Stumm in Bezug „auf ein neues Socialistengesetz“ zuzustimmen, resp. zuzustimmen. Eine Partei, wie die antisemitische, die wir solchem Schwindel, Verleumdungen und d. gl. gleichen gemeinen Mitteln kampf, dürfte vom Volke überhaupt keine Beachtung finden. Ihr zweites Schicksal oder Name: „deutsch-social“ Partei, ist nur geeignet, das Volk irre zu führen. Jeder socialdemokratische Wähler wird sich nach den Beschlüssen des Wahlcomités richten und so darf er sich sagen, daß er gerecht gehandelt hat.

Waldenburg. Das Schicksal eines Krieger-Vereinsmitgliedes. Der Schuhmachermeister Br. erkrankte an der Schwindsucht und da seine Frau ebenfalls darniederlag, machte sich die Aufnahme in das Armenhaus resp. in das städtische Krankenhaus notwendig. So ergeht es Kriegervereinsmitgliedern! Sind das schöne Verhältnisse! Die Familie des bereits Verstorbenen ist selbstverständlich dadurch ebenfalls in bedrängte Verhältnisse gerathen. Man spricht so gar davon, daß es dem Verstorbenen an Beinen gemangelt haben soll, weshalb seine Aufnahme in oben genannte Anstalt notwendig wurde.

Waldenburg. Im Hause eines menschenfreundlichen Hauswirthes, des Tischlermeisters L. Friedländerstraße, hatte ein Mädchen bei einem Miether Logis bezogen, um ihrer bevorstehenden Niederkunft entgegenzusehen. Als dieselbe schwanger war und Willingen das Leben geschenkt hatte, kam der liebenswürdige Herr Hausbesitzer zum Vermiether des Logis, um demselben bittere Vorwürfe in brüllendem Tone über die Aufnahme des Mädchens zu machen. Die

Wohnerin war dadurch berathig erschrocken, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird und ärztliche Hilfe zu Rathe gezogen werden mußte. Natürlich wird der Herr Hausbesitzer, welcher selbst aus armer Familie stammt, die Folgen seiner Handlungsweise zu tragen haben.

Goldberg, 28. Februar. Zur Wahl. Gestern fand hier selbst eine von etwa 400 Personen besuchte antisemitische Versammlung statt. Die Wahlrede hielt Herr Alwardt. In derselben mißte er sich in gewohnter Weise ab, den Juden und der liberalen, nach seiner Auffassung jüdischen Presse alle möglichen Scheltwörter nachzusagen. Damit soll, wie Herr A. meinte, zunächst reine Lenne gemacht werden. Neben dem Tische des Wablausschusses machte sich ein Tisch voll nothleidender Großgrundbesitzer breit. Alwardt wurde öfter unterbrochen. Bei der Auslassung, daß heute die Liberalen das vollführten, was man gewöhnt sei, den Socialdemokraten zuzuschreiben, ertönte der Zwischenruf: „Echo von Seiffersdorf“. Auch die Socialdemokraten beantworteten die Verleumdung mit dem Stichwort: „Schmierkäse!“ Zwei Hauptunterbrechungen fanden statt, sobald Herr Alwardt eine Viertelstunde pauziren mußte. Als auf Antrag des Vorsitzenden Werner ein Wähler aus dem Saale entfernt werden sollte, erklärte die Versammlung fast einstimmig: „Der bleibt drin!“ und dabei blieb es. Herr A. schloß seine Rede mit den Worten: „Ich will hoffen, daß meine Ausführungen Sie von der Nothwendigkeit unserer deutsch-antisemitischen Bewegung überzeugen haben und bitte Sie, Ihre Stimme für Herwig abzugeben.“ Ein fast allgemeines „Nemais!“ war die Antwort der Versammlung.

Raußung, 2. März. Eine neue Tropfsteinhöhle ist vergangene Woche in den Oer-Raußunger Kalkbrüchen entdeckt worden. Dieselbe hat die Größe einer gewöhnlichen Wohnstube und besitzt zwei Seitenhöhlen, von denen die rechte so lang ist, daß es bisher nicht möglich war, ihre Ausdehnung festzustellen, weil die bei Beobachtung der notwendigen Sicherheitsmaßregeln erforderlichen Geräthe nicht vorhanden waren. In die Haupthöhle gelangt man durch eine etwa 36 spröfftige Leiter. Nach der dem „Landbesitzer Stadtbl.“ zugegangenen Schilderung haben die einzelnen Tropfsteinbildungen eine Länge von 50 bis 70 Centimeter und bieten durch ihre klare Beschaffenheit einen herrlichen Anblick. Die bisher bekannte Tropfsteinhöhle am Rißelberge soll hinter der neu-entdeckten weit zurückstehen.

Leobschütz, 28. Februar. Vergehen gegen das Einkommensteuer-Gesetz. Der Schieferdecker Josef Styra in Gröbzig wurde mit seinem Einkommen von der Steuer-Einschätzungskommission zu einem jährlichen Steuerfahne von 6 Mark eingeschätzt. Er legte Berufung ein. Dieselbe wurde indeß verworren und außerdem noch auf Grund des § 7 Nr. 4 und § 66 des Einkommensteuer-Gesetzes vom 24. Juni 1891 gegen Styra An lage erhoben, weil er in der Berufungsschrift eine ihm angeblich im Jahre 1891 aus seinem Gewerbe als Schieferdecker erwachsene Einnahme von 500 Mk. verschwiegen haben sollte. In dem Verhandlungstermin vor dem hiesigen Schöffengericht bestritt Styra, im Jahre 1891 das Schieferdecker-Gewerbe überhaupt ausgeübt zu haben, da er wegen anhaltender Krankheit seiner Frau daran verhindert gewesen sei, und im Uebrigen die landwirthschaftlichen Arbeiten in Anspruch genommen hätten. Ein als Zeuge vernommener Concurrent, auf dessen Angaben hin vom Gemeindevorstand zu Gröbzig die Anklage erhoben worden war, konnte jedoch keine Aussagen unterm Eide nicht bestätigen. Es wurde deshalb nach dem Urtrage des Amtsanwalts vom Gerichtshofe auf Freisprechung erkannt. Die Kosten wurden der Staatskasse auferlegt.

Zabrze, 1. März. Ein entsetzlicher Tod. Gestern ereignete sich nach der „Oberöchl. Volksstimme“ hieselbst ein schrecklicher Unfällefall. Der Schornsteinfegergeselle Herudel war mit dem Rufen eines bescheidbaren Schornsteines, der aus der Wäderei des Kaufmanns S. Ibrmann'schen Hauses führt, beschäftigt. Im Schornstein geriet er an eine Stelle, die so ena war, daß er nicht hindurch konnte, aber auch nicht mehr zurück nach oben. Diese Verengung des Schornsteins soll dem Gutachten Sachverständiger dadurch entstanden sein, daß ein Kachelstein theilweise in den Schornstein eingebaut worden war. Zum Unglück war im Ofen Feuer gemacht worden und Herudel mußte erstickt und theilweise braten. Seine Pulserute wurden gehört und herbeigerufene Feuerwehrlente gingen sofort an's Rettungswerk, aber es war zu spät; sie brachten einen bis zur Unkenntlichkeit verkrümmelten Leichnam hervor. Wer Schuld an dem Unglücksfall trägt, dürfte die eingeleitete Untersuchung ergeben.

Vereine u. Versammlungen.

Böttcher-Versammlung. Am Sonntag, den 26. v. Mts., fand im Vereinslocal Neumarkt 8 eine Mitglieder-Versammlung des Central-Vereins der deutschen Böttcher (Filiale Breslau) statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Rechnungsbericht vom 4. Quartal 1892 und vom Stiftungsfest. 2. Neuwahl des Vorstandes und der Arbeitsnachweis-Commission. 3. Berathenes. Zum 1. Punkt der Tagesordnung verlas der Kassirer die Abrechnung, welche eine Einnahme von 98,80 Mark und eine Ausgabe von 12,75 Mark ergab, mithin zur Hauptkasse 86,05 Mark geschickt worden sind. Die Local-casse hatte eine Einnahme von 19,80 Mark, eine Ausgabe von 23,95 Mark aufzuweisen, wovon 10 Mark nur theilweise verausgabt worden sind. Die Abrechnung vom Stiftungsfest ergab eine Einnahme von 183,30 Mark und eine Ausgabe von 174,80 Mark. Da gegen diese Abrechnung keine Einwendung erhoben wurde, so wurde zum 2. Punkt übergegangen und sämmtliche bisherige Vorstandsmitglieder wiedergewählt, welche sich auch bereit erklärten, die Wahl anzunehmen, mit dem Bunkte, die Mitglieder möchten doch endlich einmal mehr für ihre Sache eintreten und auch die Versammlungen besser besuchen. Zur Controlirung des Arbeitsnachweises wurden zwei in der Nähe wohnende Kollegen gewählt und denselben zusammen 1 Mark pro Woche dafür bewilligt. Somit war auch der zweite Punkt der Tagesordnung erledigt. Zu Berathenem theilte der Vorsitzende mit, daß in nächster Zeit ein Holzarbeiter-Gongreß stattfinden werde und erbat die Versammlung hierzu Stellung zu nehmen. Nachdem einige Mitglieder zu dieser Sache gesprochen, wurde beschlossen, erst beim Centralvorstand anzufagen, wie wir uns zu diesem Punkt zu verhalten haben; resp. ob wir mit

unserem Verein so weiter arbeiten können. Beschlossen wurde ferner, von einer Besichtigung unsererseits Abstand zu nehmen, sondern, wenn von den hiesigen Holzarbeitern ein Delegierter geschickt wird, uns an dem Kostpunkte zu betheiligen. Hierauf wurde von einigen Mitgliedern die Handlungsweise hiesiger Innungsgefallen gekennzeichnet, welche, nachdem ihnen ihr Handeln und Treiben einmal öffentlich vor Augen gehalten worden ist, auch gleich wieder Reih- und Kreisläufer dem Verein wieder auf eine Zeit lang den Rücken drehen. Eine Lust ist es, mit solchen Leuten zusammen arbeiten zu müssen. Einer dieser Herren ist ausnahmsweise sehr klug, da sind andere nur dumme Jungen u. s. w. gegen ihn. Nun, der Kukul ruft immer seinen eigenen Namen, so hat auch dieser Herr erst kürzlich beim letzten Wöltcherball bewiesen, wie — klug er ist. Ueber den Wöltcherball mit seinem alten historischen Wappen — parbon Reifentanz ist erst vor Kurzem genügend in der „Vollswacht“ gesprochen worden. Nur können wir konstatieren, daß dieser alte Mumpitz immer mehr und mehr seinem Ende zugeht, da sich immer weniger Wöltcher dazu hergeben, als Statisten und Strohmänner gebrauchen zu lassen, und auch schon dieses Mal ein Nicht-Wöltcher, sowie ein alter Mann von circa 70 Jahren mit hinzugezogen werden mußten. Zum Schluß wurden die Kollegen ermahnt, sich an dem, Sonnabend, den 4. März stattfindenden Stiftungsfest des socialdemokratischen Vereins recht rege zu betheiligen, sowie mehr auf die „Vollswacht“ zu abonnieren und den charakterlosen Blättern endlich einmal den Rücken zu drehen. Nach Schluß der Versammlung fand noch ein Familienabend statt, zu welchem noch mehrere Herren und Damen erschienen waren und sich noch einige Stunden gemüthlich mit einander amüsirten.

Gerichtliches.

Die Eislebener Affäre vor Gericht.

(Fortsetzung.)

Vor Eintritt in die Verhandlung wurden wiederum über 40 Zeugen zur Vernehmung aufgerufen. Sodann giebt die Staatsanwaltschaft bekannt, daß der gestern vernommene Zeuge Zober, wegen einer Uebertretung mit 6 Mark Geldstrafe belegt worden ist. Außerdem wird seitens des Vorsitzenden bekannt gegeben, daß der Angeklagte Ritter wegen Widerstandes und Körperverletzung mit 4 Wochen und wegen Värmens mit 3 Tagen Haft vorbestraft sei. Rechtsanwalt K. u. l. constatirt ferner, daß der gestern vernommene Zeuge Erdmann im Jahre 1891 vom Obersteiger Rottmann wegen Verleumdung entlassen wurde, was er gestern auf Befragen eiblich zu bekunden unterlassen habe. Rechtsanwalt Heine benennt wiederum 12 weitere Zeugen zur Vernehmung.

Sodann wird mit der Beweisaufnahme fortgefahren. Bergmann Kogge bekundet: Ich war einer der ersten Bergleute an der Thür und hörte, wie eine Person von innen heraus sagte: „Genossen, Ihr könnt hineinkommen“, worauf die Bergleute hineingingen. Zeuge ist der Meinung, daß von innen angefangen wurde; auch sei das Jag von innen herausgeworfen. Daß von außen gehauen wurde, habe er nicht bemerkt. Desgleichen will Zeuge auch nicht gesehen haben, daß Franke bedroht worden sei. Zeuge betritt auf Vorhalten, daß er geschlagen habe. Ob bei dem Gastwirth Wachsmuth an die Bergleute Freiierer verabreicht worden, da von weiß Zeuge ebenfalls nichts; desgleichen auch nichts von Köhlers Vorgehen.

Auf Veranlassung des Rechtsanwalts Heine wird Zeuge Westphal nochmals hervorgerufen, welcher bekundet: Der Handelsmann Bischof kam hinzu, worauf Sergeant Köhler a. Strie: „Da kommt Bischof, der hat den Redacteur Hoffmann nach der Bahn gebracht, den könnt Ihr todtschlagen.“ Bergmann Goltshalk erklärt, an jenem Tage ebenfalls bei Wachsmuth gewesen zu sein. Ob die Bergleute aber dort hincummandirt worden sind, oder Freiierer bekommen haben, sei ihm nicht bekannt.

Frau Kallmeyer wird hierauf nochmals als Zeugin aufgerufen und macht Angaben, daß die Bergleute in einer Zahl von circa 20 Mann von der Galerie aus in die Nebenstuden des Gasthauses eingedrungen: seien und dort Betten und andere Gegenstände umhergeworfen hätten. Auf ihre Aufforderung, das zu unterlassen, sei sie „rotze Herr“ geschimpft worden. In einer Debatte des Staatsanwalts und des Rechtsanwalts Heine über das Hinaufklettern der Bergleute auf die Galerie und das dabelst ausgeübte Zertrümmern von Gegenständen und Verlegen von Personen, erklärte der Staatsanwalt: Es handele sich bei den Bergleuten nicht darum, oben Personen zu verletzen, sondern um das Herunterreißen der socialdemokratischen Decorationen, die den Bergleuten wohl ein Dorn im Auge sein müßten.

Arbeiter Köhler, damals Keil, er bei Kallmeyer, hat gesehen, wie ein Jag erst von außen nach innen herein, und nachdem hinausgeworfen wurde. Nach seiner Ansicht haben die Bergleute den Skandal angefangen. Schuhmacher Weise wurde von den Bergleuten niedergeschlagen, desgleichen auch Ritter.

Zeuge Scharf, damals Mitglied des Arbeiterbildungsvereins, hat erst mit den Bergleuten im Guten verhandelt, ist aber von denselben, als er keinen Einlaß gewährte, heraus geworfen und geprügelt worden bis er zu Boden stürzte. Der Polizeiergeant Köhler, den er um Hilfe angerufen, habe ihm dieselbe verweigert.

Stiger Schüring, Ehrenmitglied des reichstreuen Vereins, soll ebenfalls, nach Aussagen einer Zeugin, mitgeschlagen haben. Er bestreitet dieses; desgleichen auch, daß den Bergleuten Geschenke gegeben worden seien, um die Versammlung zu stören. Er, Zeuge, sei in der Versammlung gewesen. Der Eintritt der Bergleute war ziemlich ruhig und nicht besonders tumultuarisch. Im Saale habe er sich nachträglich hingesezt und den Zeiger „Vollswacht“ gelesen, dessen Inhalt ihm so interessant gewesen, daß er davon gesehelt worden sei, und in Folge dessen auf die Vorgänge nicht genau geachtet habe.

Handelsmann Bischof, der auf der Straße von den Bergleuten überfallen wurde, schildert den Hergang, wie er zu seinen Verletzungen gekommen ist. Er behauptet ebenfalls, den Anreizungskruf Köhlers betreffs des Angriffs auf seine Person gehört zu haben und überreicht dem Gerichtshof ein ärztliches Attest, nach welchem er vier Wunden, davon eine 6, zwei 4 und eine 2 Centimeter lang, davongetragen hat.

Bergmann Keitel bekundet, daß sich die Bergleute durch Zufall dort in der Versammlung zusammen gefunden haben.

Bankdirector Kramer bezeugt, daß er von seiner Wohnung aus gesehen, wie mehrere Bergleute auf der Straße eine Person zu Boden geschlagen haben. Er habe geglaubt, der Mensch wäre todgeschlagen worden; wer es aber gewesen, und wer geschlagen, wußte er nicht zu bekunden. Vermuthlich ist der Geschlagene Bischof gewesen.

Zeuge Cigarrnarbeiter Fuhrmann erklärt, von Döttmeyer mit einem knüppelartigen Instrument über den Kopf geschlagen worden zu sein.

Bergmann Eckert giebt an, daß der Angeklagte Frieß den vorgenannten Zeugen geschlagen hat. Ferner erklärt er, sei ein hübsch anaekleibeter junger Mann in den Hausflur hereingekommen, der auf sein Befragen nach dem Vorstand des Arbeiterbildungsvereins, von den Bergleuten gemißhandelt wurde. — Hierauf trat eine Mittagspause von einer Stunde ein.

In der Nachmittags-Sitzung war der Angeklagte Wolf nicht pünktlich zum Beginn derselben (2 1/2 Uhr) erschienen. Die Staatsanwaltschaft stellte deshalb den Antrag, den Angeklagten während der Verhandlungstage, mit Ausschluß der Zeit, in welcher verhandelt wird, in Haft zu nehmen. Da der Angeklagte sich aber gleich darauf einstellte, nahm die Staatsanwaltschaft den Antrag wieder zurück. Sodann wurde in der Beweisaufnahme fortgefahren.

Zeuge Hoffmann, Redacteur des Zeiger „Vollswacht“, bekundet: „Ich war vom Schuhmacher Hornigt wiederholt aufgefordert worden, in einer Versammlung in Eisleben einen Vortrag zu halten, sagte auch zu, las aber nachher in der Bekanntmachung der Versammlung in der „Eislebener Zig“, daß dieselbe nur mit Ausschluß der Bergleute stattfinden sollte. Ich machte deshalb dem Angeklagten Franke, der veranlaßt hatte, daß die Bergleute ausgeschlossen wurden, Vorwürfe darüber, daß man Leute, die man für unsere Ideen gewinnen will, ausschließe. Als ich früh bald nach 10 Uhr eintraf, wurde mir von einigen Personen die Mittheilung gemacht, daß die Bergleute beabsichtigen, die Versammlung zu sprengen. Es wurde mir deshalb der Vorschlag gemacht, ich möchte doch um die Stadt herum zu dem Versammlungsorte gehen, um eine Schlägerei zu vermeiden. Dieses kam mir aber so vor, als wenn die Ueberbringer jener Nachricht, nur einen Scherz machten, und so ging ich und die Bekannten, die mich von der Bahn abholten, durch die Stadt. Nachdem wir in dem Local waren, kam der Schlossermeister Rette zu mir, und sagte: „Die Bergleute haben sich in zwei anderen Localen, bei Wachsmuth und bei Jodel, versammelt, um nachher geschlossen in das Versammlungsorte zu kommen.“ Wir schafften deshalb mehrere bewegliche Gegenstände, Regel von der Regalbahn u. dergl. bei Seite, um den Bergleuten das Material zum Schlagen zu nehmen. Gegen 2 Uhr Nachmittags hieß es denn auch: „Sie kommen.“ Ich wollte mit den Leuten im Guten verhandeln, jedoch ließ man mich von Seiten meiner Parteigenossen nicht dazu kommen, da es die Bergleute angeblich gerade auf meine Person abgesehen hätten. Als die Bergleute an der Thür drängten, machte ich den Vorschlag, man möge die Leute doch lieber in den Saal hereinlassen. Indem ich aber diesen Vorschlag machte, drangen dieselben schon ein und schlugen auf die Personen, die vor mir standen, los. Es entstanden nun allgemeine Gruppen, die sich gegenseitig prügelten. Da kam Liebau hervor und sagte: „Wo ist Hoffmann, der Verjolber, wo ist der Hund!“ Ich fand auf diese Worte aber keine Veranlassung, mich der Prügel preiszugeben. Dann hörte ich ein Knallen, nahm aber anfänglich nicht an, daß dieses durch die Revolvergeschüsse Franke's veranlaßt worden war. Ich machte, als ich erfahren hatte, daß Franke geschossen, demselben Vorwürfe darüber, erklärte aber zugleich, daß ich, wenn ich bei jenem Vorgang einen Revolver bei mir hatte, auch geschlossen hätte. In dem Moment wurde dann mit Stuhlbeinen und Bohren auf die vor mir stehenden Personen eingehauen, denen ich es auch nur verdanke, daß man mich nicht ergriffen hat. Unter drohenden Redensarten rückten die Bergleute immer näher auf uns zu, so daß wir keinen Ausweg wußten. Jedoch gelang es uns, nachher in die Küche zu flüchten, wo wir verweilten, bis gerufen wurde: „Ist Ramon des Gesches“, worauf wir aufmachten. Als ich hierauf sah, wie der Polizeiergeant Köhler die Flüchtlinge aus der Küche hinausbeorderte, ergriff ich allein die Flucht, um mich der Behandlung dieses Beamten nicht preiszugeben. Ich bin fest davon überzeugt, daß, wenn Köhler die Bergleute nicht zum Schlagen aufgefordert hätte, die Bergleute hier nicht mehr geschlagen haben würden.“

Rechtsanwalt Dr. Keil erwähnt sodann ein Extrablatt, welches Zeuge Hoffmann nach der Affäre geschrieben und in welchem gesagt wurde, daß zwei Bergleute todgeschlagen worden seien: er stellt den Antrag, dieses Extrablatt zu verlesen, um nachzuweisen, wie Zeuge Hoffmann gleich nach dem Exceß mit Uebertreibungen vorgegangen sei. Rechtsanwalt Heine nimmt den Zeugen in Schutz und bestreitet, daß dieses Extrablatt im Stande sei, die Aussagen Hoffmanns zu entkräften. Er stellt es aber anheim, das Blatt zu verlesen. Erster Staatsanwalt Göhe: „Mir scheint der Standpunkt des Zeugen Hoffmann befangen und ist somit seine Aussage als eine gefärbte zu betrachten. Um aber die unbegründeten Behauptungen der Socialdemokraten einmal hier festzusetzen, stimme ich dem Antrag des Herrn Dr. Keil bei, das Flugblatt zu verlesen.“

Rechtsanwalt Heine tritt dem Herrn Staatsanwalt entgegen und stellt dem Gerichtshof die Entscheidung über Hoffmanns Glaubwürdigkeit anheim. Hoffmann erklärt hierauf, das Extrablatt geschrieben zu haben und zwar unter dem Eindruck, wie er Eisleben am Tage des Excesses verlassen habe. Es sei nur die Unrichtigkeit darin enthalten, daß die beiden Personen todgeschlagen worden seien. Was den anderen Inhalt des Extrablattes anbetreffe, so würden morgen Zeugen aufstehen, die bekunden, daß die Ehefrau des Angeklagten Liebau nach dem Exceß gesagt hat: „Hä te mein Mann das gewußt, so hätte er sich lieber auf das Sopha gelegt und nicht die 4 Mk. genommen.“ Ihm, Zeugen, liege absolut nichts daran, daß diese Angeklagten bestraft würden; er wünscht, sie würden alle freigesprochen, mit Ausnahme jener drei, die die Anführer gemacht haben. Der Gerichtshof beschließt hierauf, das Extrablatt nicht zu verlesen, da dadurch das Zeugniß Hoffmanns nicht beeinträchtigt werden könne.

Zeugin Frau Renger bekundet: Sie habe „Hurrah“ rufen gehört, worauf sie verjagt sei und gesehen habe, wie Ritter auf die Aufforderung Köhlers von den Bergleuten gehauen wurde, daß ihm das Blut aus dem Kopfe spritzte.

Rechtsanwalt Keil beantragt, da im Gerichtssaal die Presse vertreten, und sogar Berichterstatter aus Berlin anwesend seien, das dem reichstreuen Verein heute hier zur Last Gelegte, sogleich durch Vernehmung von einigen Zeugen zu corrigiren. Es wird darauf ein Zeuge, Vorstandsmitglied des reichstreuen Vereins, vernommen, welcher erklärt, daß nicht beschlossen worden sei, in die Versammlung zu gehen. Rechtsanwalt Heine benennt hierauf den Zeugen Sestack, der vernommen wird, weil er das zwischen Müller und Schunke geführte Gespräch in der Gastwirthschaft bei Jodel mit angehört haben soll. Zeuge Sestack erklärt, daß ihm von dem Gespräch nichts mehr erinnerlich sei. Zeuge Müller bleibt aber bei seiner Behauptung. Hier auf fragt Rechtsanwalt Heine den Zeugen Schunke, wie denn das zugehe, daß an jenem Tage gerade die Chefs der reichstreuen Vereine wie Wunderlich, Beimoß, Schmielshuhn und Grosse, alle in der Versammlung waren, worauf Schunke erklärt, daß die Personen, als reichstreue Vereine, wohl ein Interesse daran haben, die Versammlung zu besuchen; eine Verabredung, geschlossen in die Versammlung zu gehen, habe aber nicht stattgefunden.

Zeuge Polizeiseceair Müller ist geladen, um Auskunft zu geben, ob er am Tage der Versammlung dem Angeklagten Wunderlich auf Befragen erklärt habe, er, Wunderlich, könne in die Versammlung gehen, das sei eine öffentliche Volksversammlung, wo jeder Zutritt habe. Das giebt Zeuge zu. Rechtsanwalt Heine fragt hierauf den Zeugen, ob er Wunderlich aufgefordert habe, nur in die Versammlung zu gehen, das Eintrittsgeld von 10 Pfennigen wolle er. Zeuge Müller, schon verhindert, worauf Polizeiergeant Müller erklärt, dieses sei ihm nicht mehr erinnerlich.

Bergmann Knorrtscheid bekundet: „Wir haben wohl davon gesprochen, in die Versammlung zu gehen, aber nicht verabredet, die Versammlung zu stören.“ Mehrere von Rechtsanwalts Keil geladene Zeugen erklären, daß die Socialdemokraten im Saale zuerst angefangen haben.

Zeuge Heinicke, der einmal mit dem Bergmann Palast über des Hincummen nach der Versammlung gesprochen, erklärt, daß ihm derselbe gesagt: „Wir sind von Michel bestelt worden mit dem Bemerten: „Kommt am Sonntag in die Versammlung nach Eisleben, macht Euch alle rotze Schlipse an und sezt auch alle Hüte auf, damit man Euch nicht kennt.“

Hiermit wurde die heutige Sitzung nach Vernehmung von 38 Zeugen geschlossen.

Nachmittags Röhlermann: Um halb 3 Uhr kam an jenem Nachmittage ein junger Mann zu mir gelaufen, welcher mir sagte, ich solle doch kommen und helfen. Ich ging, nachdem ich die Schüsse gehört, in den Saal, wo mir ein Seidelbedel mit Henkel am Kopfe vorbeiflog. Nachdem ich Franke ermittelte, nahm ich denselben mit und forberte den Sergeanten Köhler auf, zurückzubleiben und aufzupassen.“ Was dann weiter geschah, darüber wußte Zeuge nichts zu bekunden. In dem Revolver, welchen er Franke abgenommen habe, befanden sich bei der Untersuchung noch 3 scharfe Schüsse.

Die 18jährige Anna Stude bezeugt: Als sie am Tage des Excesses spaziren ging, habe ihr ein Schuß auf der Straße gesagt: „Heute kriegen die Socialdemokraten Schmiss“. Auch hat Zeugin gesehen, wie Köhler sich dem Angeklagten Ritter gegenüber betragen hat.

Frau Markgraf hat beobachtet, wie Döttmeyer den Cigarrenarbeiter Fuhrmann geschlagen hat.

Emma Markgraf bekundet über Köhlers Vorgehen gegen Ritter, wie letzterer sich durch die vor dem Locale postirten zwei Reihen Bergleute flüchten mußte. Auch habe sie beobachtet, daß der Angeklagte Liebau an jenem Tage auf dem Dache des Vocales gewesen sei.

Zeuge Kammacher Müller, jetzt Werkführer in Raumburg: „Haut los, haut los!“ hat Köhler gerufen, von den Schlagenden habe ich Liebau gefannt. Liebau bestreitet dieses, er bestreitet auch, auf dem Dache gewesen zu sein. Zeuge erklärt weiter, daß i. m. von einer anderen Person mitgetheilt worden sei, daß Steiger Schüring am Morgen jenes Tages bei einem Barbier gewesen sei und dort gesagt habe: „Wir gehen heute alle in die Versammlung und wehe, wer stümmt!“ Der Zeuge bekundet weiter noch auf Befragen des Rechtsanwalts Heine über ein stattgehabtes Gespräch mit dem Bergmann Schunke: „Am Tage nach dem Exceß sprach ich mit Schunke über den Vorgang und sagte: „Na, Ferdinand, das war doch verabredet!“ worauf Schunke antwortete: „Ja, der reichstreue Verein hat in der Sitzung beschlossen, in die Versammlung zu gehen!“ Darauf habe er, Müller, gesagt: „Na, wissen Sie denn auch, was Sie da gemacht haben.“ Da habe eine andere Person erklärt zu Schunke: „Siehst Du, jetzt hat der Dich ausgeforscht.“

Vorstandsmitglied Schunke des reichstreuen Vereins, der im Gerichtssaale ist, wird darauf herbeigerufen und erklärt die Aussagen des Zeugen Müller für unwahr mit dem Zusatz: „So was kann nur ein Socialdemokrat sagen.“

Rechtsanwalt Keil beantragt, da im Gerichtssaal die Presse vertreten, und sogar Berichterstatter aus Berlin anwesend seien, das dem reichstreuen Verein heute hier zur Last Gelegte, sogleich durch Vernehmung von einigen Zeugen zu corrigiren.

Es wird darauf ein Zeuge, Vorstandsmitglied des reichstreuen Vereins, vernommen, welcher erklärt, daß nicht beschlossen worden sei, in die Versammlung zu gehen.

Rechtsanwalt Heine benennt hierauf den Zeugen Sestack, der vernommen wird, weil er das zwischen Müller und Schunke geführte Gespräch in der Gastwirthschaft bei Jodel mit angehört haben soll.

Zeuge Sestack erklärt, daß ihm von dem Gespräch nichts mehr erinnerlich sei.

Zeuge Müller bleibt aber bei seiner Behauptung. Hier auf fragt Rechtsanwalt Heine den Zeugen Schunke, wie denn das zugehe, daß an jenem Tage gerade die Chefs der reichstreuen Vereine wie Wunderlich, Beimoß, Schmielshuhn und Grosse, alle in der Versammlung waren, worauf Schunke erklärt, daß die Personen, als reichstreue Vereine, wohl ein Interesse daran haben, die Versammlung zu besuchen; eine Verabredung, geschlossen in die Versammlung zu gehen, habe aber nicht stattgefunden.

Zeuge Polizeiseceair Müller ist geladen, um Auskunft zu geben, ob er am Tage der Versammlung dem Angeklagten Wunderlich auf Befragen erklärt habe, er, Wunderlich, könne in die Versammlung gehen, das sei eine öffentliche Volksversammlung, wo jeder Zutritt habe. Das giebt Zeuge zu. Rechtsanwalt Heine fragt hierauf den Zeugen, ob er Wunderlich aufgefordert habe, nur in die Versammlung zu gehen, das Eintrittsgeld von 10 Pfennigen wolle er. Zeuge Müller, schon verhindert, worauf Polizeiergeant Müller erklärt, dieses sei ihm nicht mehr erinnerlich.

Bergmann Knorrtscheid bekundet: „Wir haben wohl davon gesprochen, in die Versammlung zu gehen, aber nicht verabredet, die Versammlung zu stören.“

Mehrere von Rechtsanwalts Keil geladene Zeugen erklären, daß die Socialdemokraten im Saale zuerst angefangen haben.

Zeuge Heinicke, der einmal mit dem Bergmann Palast über des Hincummen nach der Versammlung gesprochen, erklärt, daß ihm derselbe gesagt: „Wir sind von Michel bestelt worden mit dem Bemerten: „Kommt am Sonntag in die Versammlung nach Eisleben, macht Euch alle rotze Schlipse an und sezt auch alle Hüte auf, damit man Euch nicht kennt.“

Hiermit wurde die heutige Sitzung nach Vernehmung von 38 Zeugen geschlossen.

Parlaments-Berichte.

Original-Berichte der „Vollswacht“.

Deutscher Reichstag.

57. Plenar-Sitzung,

Freitag, 3. März 1893. — 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung: Etat der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung u. g. Die Commission beantragt dazu: den Reichskanzler zu ersuchen, die Ausdehnung des Systems der Dienstaters Klufen auf die Unberuamten, ohne Schädigung derselben in ihren Bezügen, in Erwägung zu ziehen.

Referent Abg. Dr. Buhl berichtet, die Commission sei einstimmig darin gewesen, daß die Beamten nicht in ihren staatsbürgerlichen Rechten, so in dem der Vereinnigung, zumal zu wirtschaftlichen Zwecken, behindert werden dürften. Der Referent nimmt dabei speciell Bezug auf das Vorgehen der Postverwaltung gegen die Aspiranten-Vereinnigung.

Abg. Schmidt (Eberfeld (fr.)) befürwortet unter Bezugnahme auf das gleiche Vorgehen in Oesterreich Herausgebung des Wirtzmalgewichts für einfache Briefe auf 20 Gramm. Die Bestimmungen des Wirtzpostgesetzes könnten dem nicht nur

Bege stehen, da die Briefe nach dem Auslande ja sofort fortirt würden. Mit dem neuen amtlichen Normalpapier sei es unmöglich einen einfachen Brief abzusenden.

Staatssecretär Dr. v. Stephan: Jahrlieh würden in Deutschland 540 Mill. einfache und nur 44 Mill. Briefe zwischen 16-20 Gramm beibringt. Die Sache sei also nicht von der Bedeutung wie Vorredner meine. Dagegen würde der finanzielle Ausfall recht erheblich sein, wenn man die Gewichtsgrenze auf 20 Gramm erhöhte; er würde ca. 5 Mill. betragen. In Oesterreich sei der Verkehr und demzufolge der Ausfall nicht so groß. Was die Wahl des Normalpapiers anlangt, so könne man doch die Postverwaltung nicht ausbilden lassen, was andere Verwaltungen schon haben. Er werde die Sache indess im Auge behalten und, wenn es die Finanzen gestatten, gern darauf zurückkommen.

Abg. Abt (natl.) wünscht Verabfolgung der Telephongebühren und Ausdehnung der Bezirks-Telephon-Anstalten in den Industriebezirken. Bezüglich Bemessung des Abonnementspreises für den Fernsprecheverkehr empfehle sich die Einführung eines Monatspreises mit der Maßgabe, daß über eine gewisse Anzahl von Gesprächen, etwa 100, hinaus, eine Preiserhöhung einzutreten hätte. Auch müßte ohne Rücksicht auf die Entfernungen von der Centralstelle Jeder gegen Bezahlung Anschluss an die Centralstelle verlangen können.

Geog. Rath Schaffner verweist auf die höheren Gebührensätze anderer Länder. In der Ausdehnung der Bezirks-Telephonämter könne aus technischen Gründen nicht zu weit gegangen werden. Das bestehende Gebührensystem liege im Interesse der Nachsicht der Vermittelung.

Abg. Woltraub (frei.) befragt die Zurückweisung aller berechtigten Beschwerden des Publikums seitens der Postverwaltung, die partout Ueberprüfungen lassen wolle. Die Ueberprüfungs-Vorrichtung würde gewaltig verlieren, wenn die Post die in ihrem Interesse von den Eisenbahnen gemachten Leistungen bezahle. Dabei würden die Postbeamten protestantisch, so die Oberassistenten, Assistenten und Unterbeamten. Es sei erklärlich, wenn diese in dem bekannten Assistentenverbande zur Selbsthilfe griffen. Bei einer Festlichkeit in Baden-Baden, bei welcher der Director im Reichspostamt, Fischer, eine Rede gehalten habe, seien die Assistenten in einem Lebenssaal abgeordnet worden, um ihren Stand herabzudrücken. Ein Doctör habe diese Beamten aus der Kategorie derer ausgegliedert, die zur Officierswahl gestellt werden. Die Assistenten würden ganz unzulänglich bezahlt. Die für sie nunmehr getroffenen Wohlfahrts-Einrichtungen seien unbedeutend. Anlaß zur Unzufriedenheit gebe den Beamten auch die Art der Versorgung mit geistiger Nahrung durch die „Deutsche Verkehrszeitung“, für welche Director Fischer als Abonnenten- und Inseratensammler wüßte. Die socialpolitische Thätigkeit der Postverwaltung zeige sich in einer Verfügung des Oberpostdirectors Kradock in Magdeburg, der den unverschuldeten Beamten eine Pension von 45 Mark empfahl. Hoffe Blau habe es gemacht, daß zur Cholera-Zeit in Hamburg angeblich „ne wüßige“ Sammlungen unter den Postbeamten veranstaltet wurden, wozu sich die Verwaltung der ganz selbstverständlichen Pflicht entzog, amtlich für die Opfer der Cholera einzutreten. Es habe sich nicht um Privat-Sammlungen gehandelt, denn die Beiträge wurden postfrei befördert. In Köln habe man den Privatägern Gesundheitsabzüge für die Sammlungen gemacht. So seien den Postunterbeamten im Ganzen 45 000 Mark „freiwillig“ abgezogen worden. Durch die Maßregelung des Post-Assistentenvereins wurden den Beamten ihre staatsbürgerlichen Rechte verweigert.

Staatssecretär Dr. von Stephan: Jeder Satz der gehönten Vorwürfe sei unrichtig. Die deutsche Postverwaltung lege jedes Jahr neue Verbesserungen an und führe solche ein. Die Assistenten anlangend, so müsse natürlich die Disciplin aufrecht erhalten werden. Wegen Betribs zu dem Verbande sei Niemand bestraft worden. Viele Mitglieder des Verbandes seien tüchtige Männer; es bestände sich aber eine Minderheit darin, welche die Zugehörigkeit der Beamten zu dem Verbande nicht wünschen-würde eingeweiht lasse. Der Verein sei ja auch, wie die Postverwaltung das vorausgesetzt, in finanzieller Verlegenheit. Wie gäbe die Postverwaltung so großes leisten können, wenn ihre Organisation so schlecht, die Unzufriedenheit unter ihren Beamten so groß wäre, wie Bollrath behauptet. Es komme auf die Lage vor, daß Post-Assistenten Reserve-Officiere würden. Seit zwei Jahren seien bei der Verwaltung die Gehälter um jährlich 11 Millionen gestiegen, und zwar gerade zu Gunsten der hier in Rede stehenden Beamtenkategorie. Man bestreite sich darüber, daß den Assistenten kein Urlaub für den Besuch der General-Versammlung des Verbandes gewährt worden sei, er habe aber doch die Urlaube nicht eingekauft, das sie nur benutzt werden sollen, um der Postverwaltung Opposition zu machen. Die Wohlfahrts-Einrichtungen der Postparten jege-

reich gewirkt. Durch die Darlehnskasse seien viele Beamten den Bucherern entziffen worden. Die Disciplin, das möchten sich die Betheiligten gesagt sein lassen, werde er mit allem Nachdruck aufrecht erhalten. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Dr. Ungens (Centr.) bittet den Staatssecretär um möglichstes Wohlwollen gegenüber den Assistenten und wünscht mögliche Vermeidung des Nachdienstes vom Sonntag zum Sonntag.

Staatssecretär Dr. von Stephan erwidert, es werde möglichst vermieden, daß die Beamten in den Nächten vor freien Sonntagen herangezogen werden.

Abg. v. d. Schulenburg (cons.) wünscht Ermäßigung der Telegrammgebühren auf dem Lande und Aufbesserung der Gehälter der Landbriefträger.

Director Dr. Fischer erwidert, die gewünschte Ermäßigung der Telegrammgebühren werde erwogen.

Abg. Burm (socialdem.) geht auf die Angelegenheit des Postassistenten-Verbandes noch näher ein, schildert die Verletzungen von Angehörigen dieses Verbandes, Verletzungen, die den russischen Verhältnissen gleichwerthig sein, und legt dar, in welcher völligen Abhängigkeit die Postbeamten überhaupt erhalten würden. Wenn dem gegenüber der Staatssecretär immer von seinem „Wohlwollen“ rede, so könne dies die Beamten nur eigentümlich berühren. Beamten sollen überhaupt nicht auf „Wohlwollen“ angewiesen sein. Sie haben, wie der Staatssecretär selbst, ihre Pflicht zu erfüllen und dafür das zu erhalten, was ihnen gebühre. Der Staatssecretär habe in der Budgetcommission erklärt, daß derjenige, der in den Staatsdienst eintrete, sich eines Theiles seiner staatsbürgerlichen Rechte entäußern müsse. Man nehme also die Ehrenrechte der Beamten. (Präs. v. Lesechow ruft den Redner dieser Aeußerung wegen zur Ordnung.)

Er habe, so der sächs. Redner fort, nur die Aeußerung des Staatssecretärs von Bötticher wiederholt und verstehe unter Ehrenrechten die staatsbürgerlichen Rechte, nicht die wegen gemeiner Verbrechen aberkannten Ehrenrechte. Auf die mannigfachen Beschwerden der Postassistenten, soweit sie ihm zugegangen, werde er bei den betreffenden Staatsstellen zurückkommen, er wolle im Allgemeinen nur darauf verweisen, daß aus den Mittheilungen des Abgeordneten Bollrath zur Genüge das Wohlwollen hervorgegangen sei, welches die Postverwaltung den Beamten entgegenbringe. Den Postbeamten lege man die Unzufriedenheit ihrer Beschwerden auf, während man den Agrariern gestatte, ihre Beschwerden so laut als möglich auszusprechen. Die Unzufriedenheit der Beamten könne man nur durch Verbesserung ihrer Lage beseitigen. Hierauf vertagt sich das Haus.

Morgen (Sonntags) 1 Uhr: Fortsetzung der Verhandlung. Schluß nach 3 Uhr 30 Minuten.

Abgeordnetenhaus.

43. Plenarsitzung.

Donnerstag, den 2. März 1893. — 11 Uhr.

[Schluß].

Bei dem Extraordinarium giebt die Position „200 000 Mark zum Grunderwerb für die Erweiterung der Eisenbahnanlagen in Hamburg“ zu längerer Auseinandersetzung Anlaß. Die Commission beantragt die Worte „zum Grunderwerb“ zu streichen.

Die Abgg. Graf Kanitz und Graf Limburg (cons.) wünschen stärkere Heranziehung Hamburgs zu den Kosten. Minister Thielien betont, daß die Interessen Preußens und Hamburg bei den Anlagen gleiche seien. Der bisherige Zustand in Hamburgs bei den in der Stadt liegenden Geleisen könne nicht fortauern.

Abg. Dr. Sattler (natl.) Die Kosten der ganzen Anlage sind auf 43 Millionen veranschlagt. Gätte man ihnen dies auf seine Anfrage im v. J. mitgetheilt, so würde er wahrlich einlaß sein Vorum anders eingerichtet haben. Die Position wird nach dem Vorschlage der Commission genehmigt.

Abg. Schmieding (natl.) Bei dem diesjährigen Extraordinarium sind die rheinisch-westfälischen Bahnen sehr schlecht ausgefallen; die dortigen Bahnhöfe befinden sich vielfach in einem so gefährlichen Zustande, daß bei Unglücksfällen gerichtlich festgestellt wurde, es könnten die Beamten nicht verantwortlich gemacht werden. Sparsamkeit ist hier wenig am Platze; je länger man wartet, desto theurer werden die Grunderwerbskosten werden.

Die Abgeordneten Dr. Hammacher und von Spener (natl.) schließen sich dem Vorredner an. Unter den rheinischen Bahnanlagen müsse die rheinische Industrie leiden. Abg. Brömel (dfr.) findet die Summe von 1800 M.,

welche zur Entsendung von Commissarien nach Chicago in den Etat eingestellt sind, ganz ungemessen niedrig. Es zeige sich hier die Schärfe des Einbruchs des Finanzministeriums bei solchen durchaus nützlichen Ausgaben; der Eisenbahnminister müge zusehen, ob nicht aus anderen Titeln Mittel für diesen Zweck flüssig gemacht werden können.

Reg.-Commissar Finanzrath Lehnerdt findet den letzteren Vorschlag bedenklich; die Oberrechnungskammer dürfte denselben montren; auch bleibe zu bedenken, daß in den verschiedenen Ressorts im Ganzen 140 000 M. zur Verfügung stehen.

Die Abgg. Goldschmidt (dfr.) und Hammacher (natl.) finden trotzdem die Summen von 18 000 M. für ein großes Verwaltungseffort gering.

Hierauf wird der Rest des Extraordinariums bewilligt. Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung morgen (Freitag) 11 Uhr. Tages-Ordnung: Berg-, Hütten- und Salinen-Gesetz.

Schluß 3 Uhr 45 Min.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 2. März.

Heiraths-Ankündigungen. 1. Rutscher Andreas, kath., Kunze, 58, und Hedwig Boche, kath., daselbst. — Sergeant im 10. Inf.-Reg. Heinrich Scholz, evg., Lange-gasse 49, und Ida Hornig, evg., Matthiasstr. 30. — Schuhmacher Wendelin Sonnenglanz, kath., Burgfeld 11, und Marie Meiner, kath., Neue Taschenstraße 9. — Metallendreher Emil Englisch, kath., Vincenzstr. 10, und Constanze Bensch, ref., Neue Weltgasse 59. — Buchdrucker Emil Kirchner, kath., Weißgerberg. 6, und Olga Böhm, evg., daselbst. — Schlosser Carl Meiser, ev., Holteistraße 41, und Caroline Kroh, evg., Taschenstraße 19. — II. Schuhmacher August Hein, kath., Klosterstr. 46, und Ernestine Schwarzer, kath., Höfenstr. 64. — Kutscher Heinrich Stephan, ev., Köhstr. 1a, und Rosina Weidner, evang., Borwerkstr. 88. — Schneider Carl Grünner, kath., Neustadt 52, und Anna Schneider, kath., Laugengienstraße 26. — III. Bäcker Carl Ritsche, kath., Rosenstraße 8, und Caroline Ringer, evg., Thiergartenstraße 7. — Arbeiter Max Hanke, katpol., Neue Weltgasse 12, und Maria Weigt, evg., Laurentiusstr. 23. — Sauter und Wagenbauer Gustav Wringit, evang., Vorderbleiche 3, und Maria Knappe, geb. Wanka, kath., daselbst.

Todesfälle. I. Sigarrenmacherfrau Amalie Gottschalk, geb. Marx, 58 J. — Eisenreher Wilhelm Schmedde, 43 J. — Stuckateurfrau Pauline Kille, geb. Höhl, 41 J. — Hans, S. des Kaufmanns Julius Niemeyer, 1 J. — Emma, L. des Fleischers Carl Nagel, 6 M. — Barm. Bahnarbeiter Ludwig Kaiser, geb. Maier, 68 J. — Clara, L. d. Schneiders Paul Stillan, 6 W. — Paul, S. des Arbeiters Josef Katsche, 7 J. — Georg, S. des Schlossers Julius Fleischer, 1 W. — II. Walter, S. des Maters Otto Fischer, 3 W. — Alfred, S. des Arbeiters Carl Zündert, 2 W. — Margarethe, L. d. Kellers Julius Bandmann, 8 W. — Barm. Arbeiter Marie Böhm, geb. Schlabitz, 54 J. — Barm. Kaufmann Emilie Günther, geb. Altmann, 62 J. — Johanna, L. d. Müllers Carl Jösch, 12 J. — Robert, S. des Schweißers Robert Adam, 6 M. — Schuhmachermeister Wilhelm Jäkel, 66 J. — Alfred, S. des Kuischers Paul Müller, 7 M. — Geschäftsführerin Louise Paradowska, geb. Markt, 50 J. — Kassendirektor August Hahn, 50 J. — III. Füh. Klempnermeister Adolf Gams, 67 Jahre. — Tischler Heinrich Frost, 46 J. — Josef, S. des Straßenbahnkutschers Robert Barisch, 3 J. — Früherer Kaufmann Julius Heitel, 71 Jahre. — Ober-Expeditor a. D. Ernst Krömer, 49 J. — Paul, S. des Richters Paul Sauer, 9 Mon. — Hedwig, L. des Schniters Herrmann Deutsch, 2 J. — Pensionirter Militärbüchsenmacher Daniel Bötter, 83 J.

Der wissenschaftliche Carus des hiesigen Socialdemokratischen Vereins findet Montag, den 6. März, Abend 8 Uhr, im Gasthof zu den „Drei Raben“, Vorwerkstraße Nr. 43, statt.

Tagesordnung:

Fortsetzung der Geschichte des Socialismus.

Neue Mitglieder werden noch aufgenommen.

J. B.: Der Domann.

Briefkasten.

E. Palmstraße. Wir können Ihnen vorläufig keinen anderen Rath geben, als sich an das Polizeipräsidium zu wenden. Das am Schluß Mitgetheilte ist allerdings nicht erlaubt und empfehlen wir Ihnen, gleichfalls auch dieses demselben zu unterbreiten.

Volks-Verein. Diegnitz.

Montag, den 6. März, Abends 8 Uhr, in den 3 Bergen:

Vereins-Abend.

Öffentlich auf die Reichstags-Ersatzwahlen in unserem Wahlkreis.

Gäste willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder.

Der Vorstand.

Striegau. Arbeiter-Verein.

Sonntag, den 12. März, Nachmittags 3 Uhr,

im Gasthof „zum Lamm“

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vorlesung. 2. Verschiedenes. 3. Prognosen. Vor und nach der Versammlung Erhebung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste willkommen. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Der Vorstand.

Die Geschichte der Commune von 1871

von H. G. Meyer.

2. vom Verfasser durchgesehene Auflage. (X. Band der Internation. Bibliothek. Preis 3,00 M.)

Zu beziehen durch die Expedition dieses Blattes.

Achtung!

Unter Präses Herrmann Glöckel wird das Band jetzt ziemlich los! Doch wir bitten, knüpf es wieder fest zu Deinem Biengenier!

Leinde rapier und fürchte nicht der Zimmer, Dies wünscht von Herzen der stolze Eisenhammer. 611

Diebe-

hien Zähne 2 Mark unter vollständiger Garantie (Einsitzen schmerzlos), Plomben etc. 20jährige Praxis.

R. Krause,

Zahn-Atelier, 555 Schwelbnitzerstr. 31 (Weißerhof).

Künstl. Zähne,

Stück von 2 M. an, Plomben, schmerzlose Zahn-Operation, Reparaturen werden in kurzer Zeit angefertigt, sowie unbrauchbare Gebisse passend preiswärtig umgearbeitet.

W. Dräger, Matthiasstraße 98, vis-a-vis der Oberthormache. 562

Bunzlau.

Mittwoch, den 8. März, Abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

des Wahlvereins Bunzlau-Liben im Gasthof zum goldenen Stern.

Aufnahme neuer Mitglieder.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Bunzlau.

Sonabend, den 11. März, von Abends 8 Uhr ab:

Großes Tanzfränzchen mit Maskensherz

des Wahlvereins Bunzlau-Liben im Gasthof zum goldenen Stern.

Billetts nur für Mitglieder a 30 Pf. sind zu haben bei G. Starke, Bollstraße 20 und bei den übrigen Commanditen-Mitgliedern.

Der Vorstand.

Musikgeschäften

Zur Ausführung von jeder Art empfiehlt sich A. Kuban, 3. Rattern bei Breslau.

Feine Sahheringe,

die Mandel von 0,30-1,20 Mk. Ring 46, im Hofe.

Confirmanten-Hüte

601 in grosser Auswahl von 1,50 Mark an.

19 Schmiedebrücke 19
Hutfabrik.

Carm Leder und Rippenstengel,
und trocken,
kauft grosse und kleine Posten

605 **H. Langner,**
Friedrich-Carl-Strasse 49.
Anerbietungen per Postkarte.

Confirmanten-Kleider

von 7 Mark an,

Confirmanten-Anzüge

von 7 Mark an,

Craven-Kleidchen

und **Knaben-Anzüge**

empfehle in größter Auswahl zu allerbilligsten Preisen

S. Jmbach, Adalbert-
straße 1,
an der Lesingbrücke.

Zur billigen Stube

1. Etage

Klosterstraße 55a

an der Feldstraße.

In Folge Sparnis von Ladenniete u. d. Geschäftspersonal werden sämtliche Waaren zu herabgesetzten Preisen verkauft, unter anderem:
Vigogne - Baumwolle die Lage 9 Pf., Strumpf - Baumwolle 10 und 12 Pf., ich Estramadura in allen Farben, Handen für Kinder, Frauen, Männer, auch Blou'e: recht billig, Mattenjacken Röcke, ebenis aus Wasser Waschend preismäßig, Auswahl von Schürzen, auch blau, weiß und grüne Drillischürzen, von 65 Pf. an, fertige Zulets, Bettbezüge, Bettlaken von 90 Pf. an, Gands und Tischtücher, Bettdecken, Gardinen, billigt, Strohsack, Gendertuch, Säuen, Zulets, von 30 Pf pro Meter, sämtliche Futterstoffe, Corsets, schwarzen Cachemir zu Confirmationskleider, recht preiswerth, Tricotstoffen, Taschentücher u. a. m.

Schwertuch pro Meter 20 Pf., im Duzend 2,25 Mk.

Robert Cohn

Nr. 55a, Klosterstraße Nr. 55a

Als Gelegenheitsgeschenke

empfehle ich

Goldene Damen-Schlüssel-Uhren,

51 Mk. an,

Goldene Damen-Remont-Uhren,

21 Mk. an,

Alle silberne Schlüssel-Uhren

5 Mk. an,

Fählag-Regulator

90 Ctm. lang, 15 Mk. an

Geh-Regulator,

90 Ctm. lang, 12 Mk. an

Reise-Wecher 3 Mk. an

isowie alle Arten

Wand-Uhren

empfehle zu billiger

Preisen unter 1jähriger Garantie.

Großes Lager von 420

Gold- und Silber-Sachen,

Wegen Medaillons, Garnituren

Kreuze, goldene Frauinge

von 6 Mark an u. s. w.

Auch werden alle Uhren, Gold- u.

Silber-Sachen gekauft und selbige

mit in Zahlung genommen.

Wiederverkäufer hohen Rabatt.

Josef Klein,

Kupferschmiedestraße Nr. 18

84

Ohlauerstrasse 84, I. Etage.

84

Geschäftseröffnung!

Einem geehrten Publikum von Breslau und Umgegend mache hierdurch die ergebene Mitteilung, daß ich hier selbst eine

Herren- u. Knaben-Garderoben-Fabrik

unter der Firma

S. Hurtig

1. Et., Ohlauerstr. 84, 1. Et.

(vis-à-vis dem Hoflieferanten Adolf Sachs)

Eingang Ecke Schuhbrücke

eröffnet habe.

Es wird mein Prinzip sein, nur

gute reelle Waaren

zu den

allerbilligsten

aber

streng festen Preisen

zu verkaufen, so daß das

lästige zeitraubende Handeln ausgeschlossen ist.

Preislisten, wie sonst üblich veröffentlichte ich nicht, da selbst der Fachmann Kleidungsstücke, ohne sie in Augenschein genommen zu haben, nach den angezeigten Preisen nicht beurtheilen kann

Es erwünscht ist dabei für Jedermann mein reichhaltiges Lager zu beichtigen und sich von der Wahrheit meiner Angaben zu überzeugen.

Ich kaufe keine fertigen Garderoben,

sondern lasse

jedes Stück selbst anfertigen,

so daß ich sowohl für guten Sitz als auch

Haltbarkeit der Stoffe

die

weitgehendsten Garantien biete.

Jedes Kleidungsstück trägt deutlich den festen Verkaufspreis

und kann selbst der Laie mit vollem Vertrauen seine Einkäufe bei mir befragen.

Ferner mache ich ein geehrtes Publikum darauf aufmerksam, daß ich ein reich assortirtes Lager in: und

ausländischer Stoffe

unterhalte und durch

fachkundige Zuschneider

und

bewährte Arbeitskräfte

elegante Garderobe nach Maass

in kürzester Zeit anfertige.

In dem ich mein Unternehmen dem Wohlwollen eines geehrten Publikums angelegentlichst empfehle, zeichne

Hochachtungsvoll

S. Hurtig

1. Et., Ohlauerstr. 84, 1. Et.

Eingang Ecke Schuhbrücke.

84

Täglich: Eingang von Neuheiten.

84



!!! Confirmanten !!!

Nach ist würdiger Staat vorhanden für die werthen Confirmanten, Den sie billig haben können, Zu nem Preis, der kaum zu nennen unter Stoff, der sich gebiegen - Knöpfe, Mähte nimmer trügen - Alles nobel, elegant, Wie sich's ziemt dem Confirmant! Eherweise kann man sparen und vor Schaden sich bewahren Wenn man unsern Wink versteh, Zur „Gold-Vierundstebzig“ geh!

Confirmanten-Anzüge

bis zu den hochfeinsten

von 6 Mark an.

Frühjahrs-Herren-Paletots von 10 Mk. an, Ia. wie nach Maass gefertigt, von 18 Mark an, Schwaloffs mit Vellerine, Herren-Anzüge von 10 Mk. an, eine Anzüge von 14 Mk. an, Braut-Anzüge in Tuch und Kammgarn von 25 Mk. an, sehr gute von 33 Mk. an, Herren-Jaquets von 5 Mk. an, Schlaf- Röcke von 8 Mk. an, Herren- Surfin-Gosen von 3 Mk. an, rote Gosen von 5 Mk. an, Gosen und Westen von 6 Mk. an, moderraste von 8 Mk. an, Knaben-Paletots von 3 Mk. an, Anzüge für jedes Alter von 2,50 Mk. an, Kellner-Grads und Anzüge,

Vivree-Anzüge.

Versand nur unter Nachnahme. Umtausch bereitwill. jeder Zeit.

Fräulein-Beleib-Sanität

Nur neue und elegante Sachen.

„Goldene 74“

1. Et., Ohlauerstr. 74, 1. Et.



Corsets, Cravatten, Wäsche, Strümpfe,

Artikel für Schneider und 457 Schneiderinnen.

Max Trolner,
Friedrich-Wilhelmstr. 57.

Arac, Rum und Cognac.

elbst importirt in allen Preislagen en gros und détail.

H. Punsche:
Banana, Ananas, Burgunder, Kaiser etc.

H. Original- und Tafel-Liqueure:

Annaberger Klosterbitter, Mandarinen-Singer, Radod, medicinischer, Chartreuse etc. alten Breslauer Korn mit Wein abgezogen, Johannisbeers Champagner, Johannisbeerwein, elbst gefiltert, ohne jeden Spritzzusatz, empfiehlt

Hermann Seidel.
Verkaufsstellen: Ring 27 im Haupt-
haus im Hausflur, im Comptoir
im Hofe. 524